



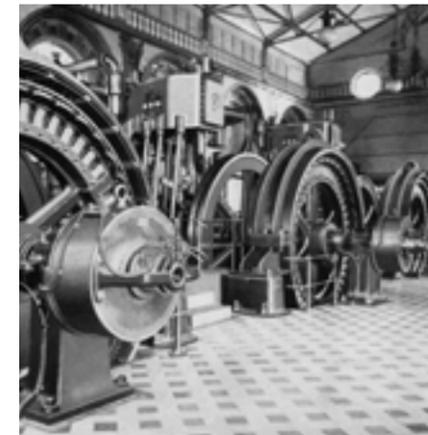
Kapitel 2

WEGE DES WACHSTUMS. DER AUFSTIEG DER DEUTSCHEN KALI- UND DÜNGEMITTELINDUSTRIE

(1888–1914)

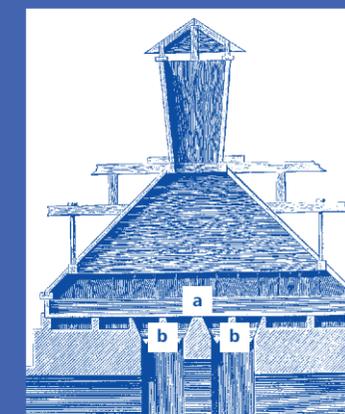
Der weltweite Erfolg des Kalidüngers aus Deutschland führte gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur Erschließung neuer Kalireviere und zur Gründung einer Vielzahl von Kaliwerken. Mit Unternehmen wie Wintershall, Salzdettfurth und Burbach an der Spitze stieg die deutsche Kaliindustrie zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig auf. Die Kali- und Düngemittelindustrie entwickelte immer wirksamere Mineraldünger und Düngemittelkombinationen und trug maßgeblich zum schnellen Wachstum der deutschen Landwirtschaft um 1900 bei. Kali war aus der deutschen Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken und hatte sich zum Exportschlager entwickelt. Noch vor dem Ersten Weltkrieg entstanden die ersten Konzerne, die die Geschichte der Kaliindustrie im 20. Jahrhundert prägten.

- **Expansion:** In Deutschland werden seit Mitte der 1880er Jahre neue Kalilagerstätten entdeckt
- **Wachstum:** Die Mineraldüngung trägt wesentlich zu den großen Ertragssteigerungen der deutschen Landwirtschaft um 1900 bei
- **Stabilität:** Das erste Kalisyndikat und seine Nachfolger stabilisieren den Kalimarkt
- **Exporterfolg:** Deutsches Kali sorgt für Wachstum und wird zum Exportschlager
- **Aufstieg:** Die Kaliindustrie steigt um 1900 zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige des Deutschen Reiches auf
- **Größe:** Wintershall, Salzdettfurth und Burbach bilden die ersten Kalikonzerne





DIE DEUTSCHE DÜNGEMITTEL- INDUSTRIE UM 1890



Die deutsche Siedesalz- und Steinsalzindustrie im Jahr 1888

Im Jahr 1888 produzierten in Deutschland elf Salzbergwerke, 64 Salinen und zehn Fabriken rund 885.000 Tonnen Salz, das waren fast 50 Prozent mehr als 1875. Der Anteil des Siedesalzes an der Gesamtherstellung war rückläufig und betrug nur noch 55 Prozent. Bereits knapp 44 Prozent des Salzes wurden im Bergbau gewonnen. Der Rest entstand als Nebenprodukt in Fabriken. Deutschland lag bei der Salzproduktion an dritter Stelle hinter England mit zwei Millionen Tonnen und Russland mit 1,2 Millionen Tonnen. Weitere wichtige Erzeugerländer waren Portugal und Spanien mit jeweils 700.000 Tonnen, Frankreich mit 500.000 und Italien mit 242.000 Tonnen. Knapp 127.000 Tonnen der deutschen Produktion gingen in den Export. Verwendet wurde das Salz in Deutschland hauptsächlich als Speisesalz (41 Prozent) und in der Industrie (31 Prozent). Zum Vergleich: Heute beträgt der Anteil des Speisesalzes an der Salzproduktion nur noch drei Prozent. 80 Prozent gehen in die chemische Industrie und den gewerblichen Verbrauch. Im Jahr 1888 dominierte bei den industriellen Anwendungen die Produktion von Soda- und Glaubersalz, die bei der Herstellung von Glas, Textilien, Farben, Waschmitteln und Zellstoffen eingesetzt wurden. Ein geringerer Teil des Salzes ging in die Chemie-, Leder- und Metallwarenindustrie. Immerhin rund zwölf Prozent des Salzes wurden für die Viehfütterung verwendet, ein verschwindend geringer Teil bei der Düngung eingesetzt.

oben Das 1888 gegründete Kalisyndikat entwickelte sich schnell zu einer zentralen Institution der deutschen Kaliwirtschaft. Sein Sitz befand sich in Staßfurt-Leopoldshall.

rechts Der Petersen-Schacht der 1893 gegründeten Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen

im Kasten Salzgewinnung um 1890: Siedevorrichtung mit Siedepfanne (a) und Planrostfeuerung (b), bei der die Salze durch Verdampfen des Wassers gewonnen wurden.

Die Gründung des ersten Kalisyndikats

Den ersten Konventionen und Kartellen war es in den 1880er Jahren gelungen, den unruhigen Kalimarkt der Gründerjahre zu stabilisieren. Damit war die Grundlage für das erstaunliche Wachstum der Kaliindustrie in den 1890er Jahren gelegt. Als 1888 die Carnallit- und Kainit-Konventionen ausliefen, waren sich alle Beteiligten einig, den Weg der Kartellbildung fortzusetzen. An die Stelle der vielen einzelnen Zusammenschlüsse sollte ein Syndikat treten, das alle Produktbereiche der Kaliindustrie umfasste.

Gründungsmitglieder des Syndikats von 1888 waren die beiden staatlichen Bergwerke Staßfurt und Leopoldshall sowie die privaten Gesellschaften Consolidirte Alkaliwerke Westeregeln, Neu-Staßfurt, Aschersleben, Ludwig II und Hercynia. Die selbstständigen Kalifabriken gehörten nicht dazu, verpflichteten sich aber

zur Einhaltung der sie betreffenden Syndikatsregeln. Später traten dem Syndikat die Deutsche Solvay-Werke AG in Bernburg (1889), die Werke Thiederhall in Braunschweig (1891) und Wilhelmshall in Anderbeck (1893) sowie die Gewerkschaften Glückauf-Sondershausen (1896) und Hedwigsburg (1897) bei. Dieses erste Kalisyndikat hatte bis 1898 Bestand.

Auch wenn sich alle Beteiligten über die Ziele des Syndikats einig waren, erwiesen sich die im Sommer 1888 aufgenommenen Vertragsverhandlungen doch als schwierig. Am Ende einigten sich die Bergwerke auf sieben separate Konventionen, weshalb auch vom „Syndikat der sieben Einzelverträge“ gesprochen wurde. Sie legten die Absatzmengen und die Preise für die Rohsalze Carnallit und Kainit und das in den bergwerkseigenen Fabriken

erzeugte Kaliumchlorid, Kieserit und Kaliumsulfat fest. Eine zentrale Verkaufsstelle, das „Verkaufs-Syndikat der Kaliwerke“ mit Sitz in Staßfurt, organisierte den Absatz der Rohstoffe und Fabrikerzeugnisse.

Die staatlichen Behörden hatten gegen diese Form der Kartellbildung nichts einzuwenden. Einzig für die heimische Landwirtschaft forderte die preußische Verwaltung eine gegenüber dem Ausland bevorzugte Belieferung mit preisgünstigem Kalidünger. Die Gewährung von Sonderkonditionen fiel dem Syndikat leicht, da die Landwirtschaft große Mengen Kali orderte. Allein in den Jahren von 1889 bis 1898 wuchs der Anteil der Landwirtschaft am Kaliabsatz von knapp 55 auf 76 Prozent. 1913 waren bereits 90 Prozent erreicht; nur noch 10 Prozent gingen an die Industrie.

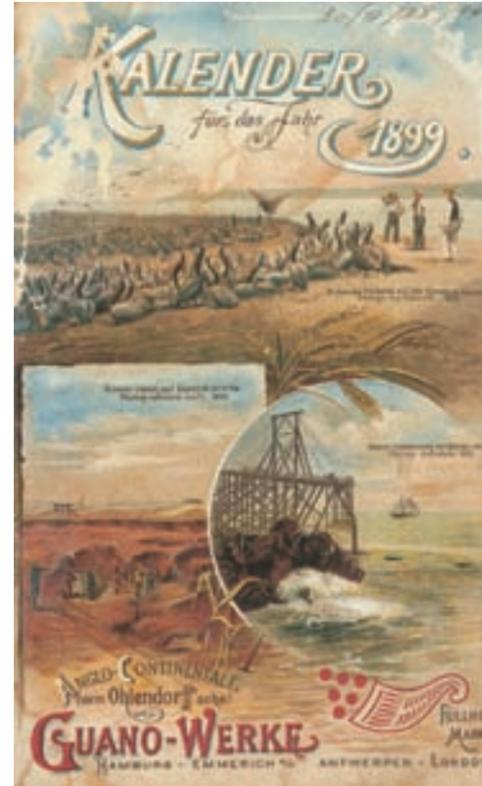
Landwirtschaft im Wandel

Die stetig steigende Nachfrage der Landwirtschaft nach Kalidünger beruhte auf einer grundlegenden Veränderung im Düngeverhalten der Bauern: Um 1880 hatte sich das Wissen um die Bedeutung der Mineraldüngung für das Pflanzenwachstum endgültig durchgesetzt. Zudem verfügten immer mehr Landwirte über das nötige Geld für den Kauf von industriell erzeugten Düngemitteln. Das führte in den 1880er Jahren dazu, dass die Bauern immer mehr Kalidüngemittel und andere mineralische Dünger auf ihre Felder ausbrachten. Allein der Einsatz von Kalidünger stieg in Deutschland auf 26.700 Tonnen K_2O im Jahr 1890 und trug zusammen mit dem vermehrten Einsatz von Maschinen und modernen Anbaumethoden zur Steigerung der Ernteerträge bei. So wuchs der Ertrag beim Weizenanbau von 1.460 Kilogramm je Hektar im Jahr 1880 auf 1.580 Kilogramm je Hektar im Jahr 1890. Dieser Trend setzte sich in den 1890er Jahren fort.

Vorreiter auf dem Gebiet der Mineraldüngung waren die großen Güter östlich der Elbe. Die Großgrundbesitzer Brandenburgs, Schlesiens, Pommerns und Sachsens setzten auf die neuesten Erkenntnisse der Agrarwissenschaft, um die steigende Nachfrage nach Getreide zu befriedigen. Auf riesigen Flächen bauten sie Weizen und Rüben nach wissenschaftlichen Methoden an und konnten sich damit gegenüber der hochmodernen US-amerikanischen Landwirtschaft behaupten.

Perspektiven der deutschen Düngemittelindustrie

Die Kaliindustrie profitierte vom Boom der mineralischen Düngemittel. Bereits 1890 zeichnete sich ab, dass der Bedarf an Kali bei weitem noch nicht gedeckt war. Phosphat und Stickstoff waren in Form von Knochenmehl, Guano, Superphosphat und Chilesalpeter zwar weiter verbreitet als Kali, doch auch hier war das Potenzial längst noch nicht ausgeschöpft. Im Unterschied zum Kali waren die Ressourcen bei Phosphat und Stickstoff allerdings begrenzt,



so dass die Nachfrage immer wieder das Angebot überstieg. Es drohten sogar Versorgungslücken, als sich bei dem weit verbreiteten Guano-Dünger die natürlichen Vorräte dem Ende zuneigten.

Dies traf insbesondere den Marktführer Ohlendorff, der seit 1883 unter dem Namen „Anglo-Continentale Guano-Werke“ firmierte. Seit Ohlendorff 1864 ein Verfahren entwickelt hatte, das auch minderwertigen, beim Schiffs-transport durch Meerwasser beschädigten Guano nutzbar machte, waren die Werke das führende Unternehmen auf dem Gebiet des Guano-Düngers. Bei diesem Verfahren wurde der Guano „aufgeschlossen“, indem man mit Hilfe von Schwefelsäure die Phosphorsäure löslich machte. Auf diese Weise verwandelte Ohlendorff unbrauchbaren Guano, der auf Halde lag, in ein Qualitätsprodukt. Die Nach-

Das Thomasmehl – Ein neuer Phosphatdünger

Um phosphorhaltiges Roheisen zu verhütten, nutzte die deutsche Stahlindustrie seit 1879 das so genannte Thomasverfahren. Die bei diesem Verfahren entstehende Schlacke enthielt Phosphat. Bereits Anfang der 1880er Jahre hatte der Agrochemiker Max Maercker auf die Verwendbarkeit dieser Schlacken als Düngemittel hingewiesen. 1883 brachte der Apotheker G. Hoyer mann gemahlenes „Thomasmehl“ als Düngemittel auf den Markt, das schon bald reißenden Absatz fand. Wurden 1890 rund 400.000 Tonnen jährlich verkauft, so waren es fünf Jahre später bereits etwa 700.000 Tonnen. Bis 1913 stieg der Verbrauch auf 1,7 Millionen Tonnen im Jahr. Die Umstellung auf weniger phosphorhaltige Eisenerze führte später zur Einstellung des Thomasverfahrens und damit verlor das Thomasmehl seine Bedeutung. An seine Stelle traten andere Phosphatquellen. Die Herstellung von Düngemitteln aus Hochofenschlacken (in Form von „Hütten- und Konverterkalk“) ist jedoch bis heute gängig. K+S stellt im Werk Bergmannsseggen-Hugo heute den Qualitäts-Mehrnährstoffdünger „Thomaskali“ her, der aus einer Mischung aus Phosphat, Kali und Konverterkalk besteht.



frage nach aufgeschlossenem Guano war schon bald so groß, dass auch unbeschädigter Guano in dieser Weise veredelt wurde. 1879 sicherte sich Ohlendorff das alleinige Recht zur Herstellung von aufgeschlossenem Peru-Guano.

Die Suche nach neuen Phosphatquellen

Als die Quellen des Guanos allmählich zu versiegen drohten, erwarben die Anglo-Continentale Guano-Werke 1889 in Kanada Phosphat-lager, um sich eine neue Grundlage für die Herstellung von phosphathaltigem Dünger zu sichern. Bis dahin hatte Deutschland seinen steigenden Bedarf an Phosphaten vor allem durch Importe aus den USA gedeckt, wo 1879 in Florida riesige Lager entdeckt worden waren. Die Anglo-Continentale wollte sich davon unabhängig machen.

Große Hoffnungen setzte die Düngemittelindustrie auch auf das phosphathaltige Thomasmehl, das als Abfallprodukt bei der Herstellung von Stahl aus phosphathaltigem Eisen entstand (siehe Kasten). Schnell etablierte sich dieser preiswerte und hochwertige Dünger in Deutschland, das aufgrund seiner großen Eisen- und Stahlindustrie schon bald zum Hauptproduzenten von Thomasmehl aufstieg.

Einer, der früh die Bedeutung des Thomasmehls erkannt hatte, war Carl Scheibler, der seit 1878 als kaufmännischer Leiter der Düngemittelabteilung von Vorster & Grüneberg tätig war. Scheibler schloss bereits 1885 Verträge mit Stahlwerken, die ihm die phosphorhaltigen Schlacken lieferten. In Köln baute er Mahlanlagen zur Herstellung von Thomasmehl. Im Rahmen des Gesamtunternehmens, das seit 1892 unter dem Namen Chemische Fabrik Kalk firmierte, besaß dieser Zweig der Düngemittelproduktion bis zum Ersten Weltkrieg ein beachtliches Gewicht.



im Kasten Ein Schritt zur Gewinnung von Thomasmehl: die Zerkleinerung der Thomasschlacke im Stampfwerk

links Der Düngerkalender als Werbeträger der Anglo-Continentale Guano-Werke

Amerikanische Superphosphatfabrik: In der Mitte ist die Darre zu sehen, in der das Superphosphat in einer rotierenden Trommel getrocknet und zerkleinert wird.

„Kali-Propaganda“ –
Auf die Werbung kommt es an

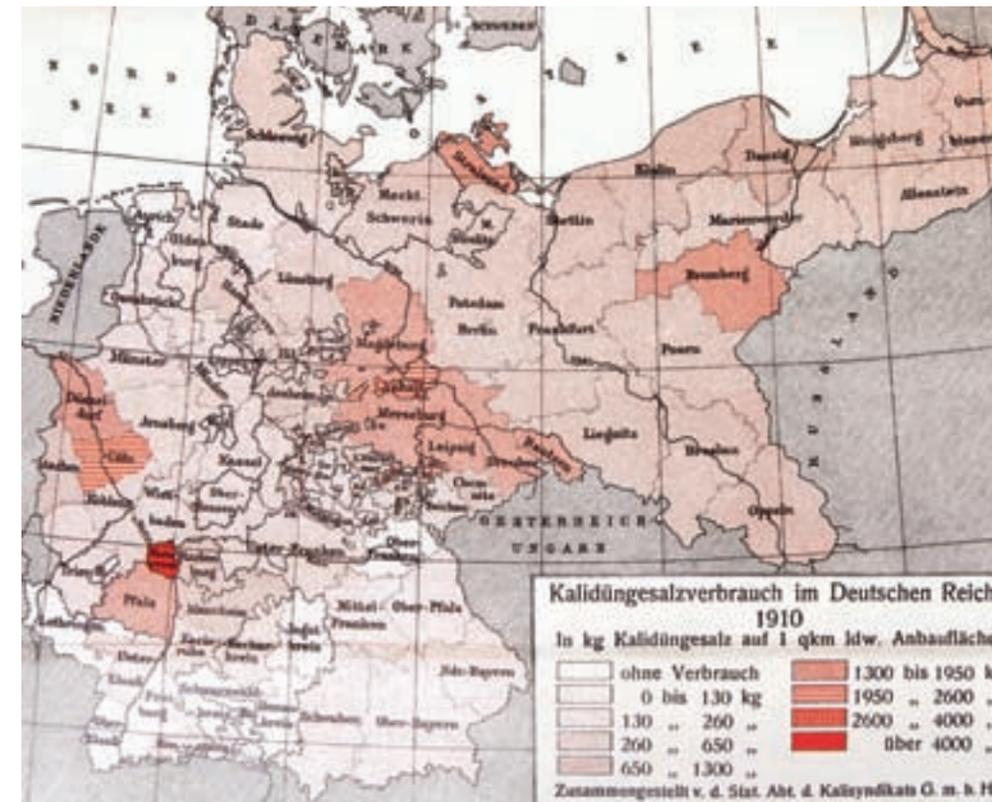
Auch wenn die Zukunftsaussichten der Düngerindustrie und besonders des Kalidüngers angesichts des landwirtschaftlichen Bedarfs an Mineraldünger sehr gut waren, so war das Geschäft doch kein Selbstläufer. Um den Absatz zu steigern, musste für den Dünger geworben werden. In den Anfangsjahren der Kaliindustrie hatten diese Aufgabe die Pioniere Adolph Frank und Hermann Grüneberg persönlich übernommen. Das Wachstum der Branche führte zur Schaffung einer eigenen Werbeorganisation. 1891 gründete das Kalisyndikat als eigenen Marketingbereich die so genannte Propaganda-Abteilung.

Ihren Sitz hatte diese Abteilung im Verwaltungsgebäude des Kalisyndikats in Leopoldshall. Sie war das Herzstück der Geschäftsstelle und bestand aus je einer Abteilung für den deutschsprachigen Raum, für den Rest Europas und für Übersee. Die Marketingstrategie der Abteilung war für die damalige Zeit sehr modern. Sie arbeitete eng mit der Agrarwissenschaft zusammen und engagierte Agrarexperten als Mitarbeiter; sie gründete eigene Versuchsstationen und beauftragte zusätzlich unabhängige Forscher mit Untersuchungen zur Kalidüngung. Zudem gab sie kostenlos große Mengen Rohsalz zu Forschungszwecken ab.



Auffällig war die geschickte und weit gespannte Öffentlichkeitsarbeit. Das Kalisyndikat unterhielt im Reich eigene Beratungsstellen, präsentierte die Produkte der Kaliindustrie auf großen landwirtschaftlichen Ausstellungen, veröffentlichte in eigenen Zeitschriften die Resultate von Düngeversuchen und gab Tipps zur Anwendung des Kalidüngers. Das Spektrum der Publikationen war breit und reichte von wissenschaftlichen Vorträgen bis zu Broschüren für den Landwirt. Alle potenziellen Kunden sollten erreicht werden. Das galt auch für die ausländischen Märkte. Das Syndikat gründete dort Beratungsstellen, die erste 1893 in New York,

unterstützte Forschungseinrichtungen, initiierte Düngeversuche und veröffentlichte zahlreiche Schriften zum Thema Kalidüngung. Für den deutschen Markt waren die engen Kontakte zu den landwirtschaftlichen Organisationen besonders wichtig, die ebenfalls den Einsatz von Mineraldünger propagierten. Darüber hinaus kooperierte das Kalisyndikat mit dem Verband der Thomasmehlfabrikanten, den Salpeterproduzenten und dem Verein der Deutschen Dünger-Fabrikanten. Gemeinsam warb man für den Einsatz von Mineraldünger und verwies dabei auf die Notwendigkeit, alle drei Hauptnährstoffe einzusetzen.

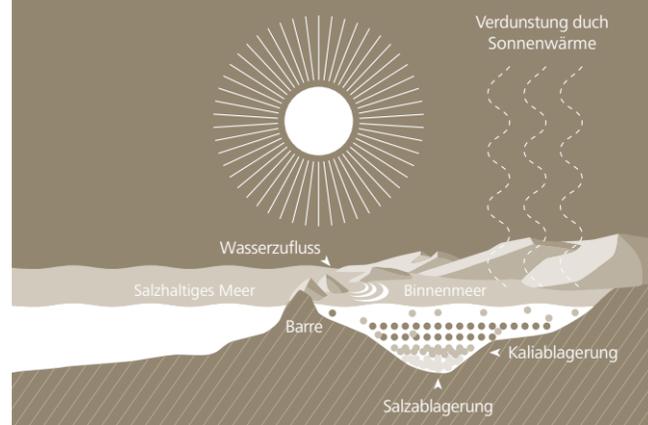


Die DLG dokumentierte in Zusammenarbeit mit dem Kalisyndikat regelmäßig den Fortschritt beim Einsatz von Kalidünger im Deutschen Reich.

JENSEITS VON STASSFURT – DIE ENTSTEHUNG NEUER KALIREVIERE (1886–1904)

Ochsenius' Barrentheorie

„Wie kommt das Salz in die Erde?“, diese Frage stellten sich Geologen seit der Entdeckung der Steinsalzlager. Eine bis heute gültige Antwort fand Carl Christian Ochsenius. Seine erstmals 1877 veröffentlichte „Barrentheorie“ erklärte die Salzvorkommen in Deutschland mit einem salzhaltigen Binnenmeer, dem so genannten Zechsteinmeer, das vor etwa 250 Millionen Jahren große Teile Mitteleuropas bedeckte und nur über eine schmale Verbindung zum offenen Meer verfügte. In dieser Meerenge befanden sich Schwellen (Barren), die den Zufluss von Frischwasser aus dem Ozean behinderten oder ganz unterbanden. Da zu dieser Zeit in Europa ein trockenes und warmes Klima herrschte, verdunstete das Wasser des Binnenmeeres wie in einer Siedepfanne. Durch die Verdunstung stieg der Salzgehalt des Wassers und Mineralien kristallisierten sich heraus, darunter auch Steinsalz sowie Kali- und Magnesiumsalze. Die Salzablagerungen erreichten im Laufe von Millionen von Jahren eine Mächtigkeit von mehreren hundert Metern, wobei die Kaliflöze nur wenige Meter mächtig waren. In weiteren Millionen Jahren legten sich wasserundurchlässige Schichten über diese Ablagerungen, die eine Auflösung der Salze verhinderten.



Auf der Suche nach neuen Kalilagerstätten

Angesichts der steigenden Nachfrage nach Kalidünger und der großen Gewinne der Kaliindustrie drängte sich die Frage auf, ob es nicht auch in anderen Regionen Kalisalze geben könnte. Lange Zeit konzentrierten sich die Probebohrungen auf den Magdeburg-Halberstädtischen Raum, weil dies nach den Funden in Staßfurt und Leopoldshall am aussichtsreichsten erschien. Zudem galt die Theorie des Geologen Carl Christian Ochsenius (siehe Kasten), südlich des Harzes könne es keine Kalivorkommen geben.

Fündig wurde man zuerst in der preußischen Provinz Hannover bei dem im Nordharz gelegenen Städtchen Vienenburg, wo 1886 nach zwei Jahren Schachtbauarbeiten das Kaliwerk Hercynia den Betrieb aufnahm. Finanziert wurde es von einem Konsortium, an dem Bankiers und Unternehmer aus Hamburg, Berlin und dem Rheinland beteiligt waren. Geologisch gesehen lag Vienenburg zwar noch in der Magdeburg-Halberstädter Mulde, doch das neu erschlossene Kalisalzlager, das später den Namen Ronnenberg erhielt, gehörte zum Kalirevier Hannover. Mit der Gründung der Gewerkschaft Hercynia begann die rasante Entwicklung des deutschen Kalibergbaus außerhalb des Staßfurter Raumes, auf deren Höhepunkt im Ersten Weltkrieg es rund 200 fördernde Kalischächte gab. Das Hannoveraner Kalirevier hatte einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung.

Die Anfänge Salzdetfurths

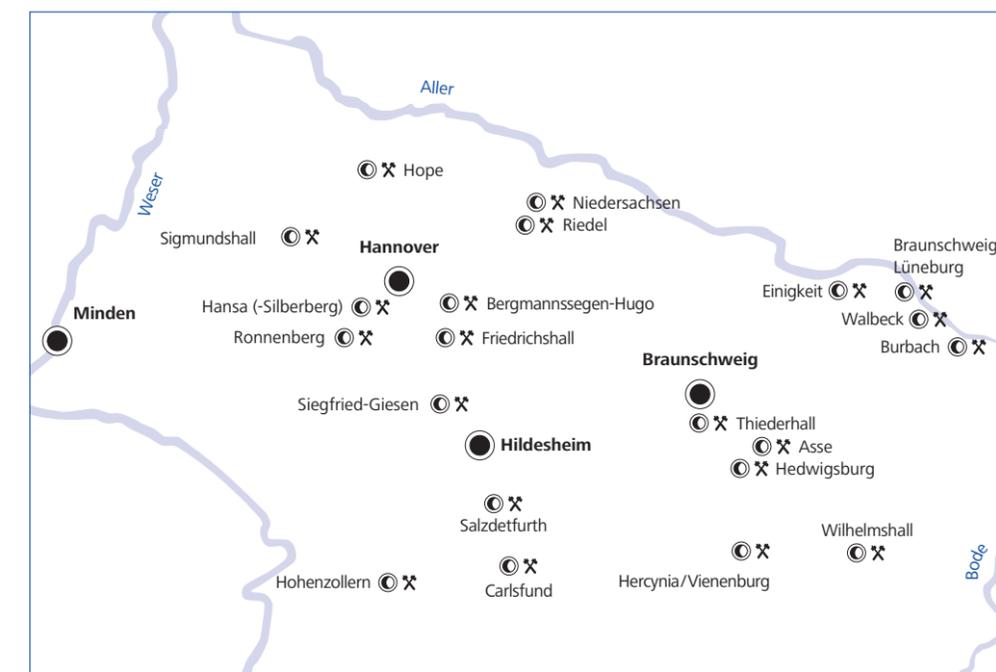
Als 1889 in Goslar die „Aktiengesellschaft für Bergbau und Tiefbohrung“ gegründet wurde, ahnte niemand, dass sich daraus einmal einer der bedeutendsten deutschen Kalikonzerne entwickeln sollte: die Salzdetfurth AG. Zu den Gründern gehörte der Großindustrielle und schlesische Magnat Fürst Guido Henckel von Donnersmarck sowie der Hüttendirektor Oscar Schrader. 720.000 Mark betrug das Startkapital des Unternehmens, mit dem im Jahr 1892 in Salzdetfurth bei Hildesheim Probebohrungen finanziert wurden. Die Unternehmer hatten Glück: Schon die ersten Bohrungen stießen in einer Tiefe von 635 Metern auf ein ungewöhnlich hochwertiges Lager mit Sylvinit – ein nach

dem niederländischen Forscher Franciscus Sylvius benanntes Salzgestein, das aus Kaliumchlorid und Steinsalz besteht. Die Nachricht von den Funden weckte die Aufmerksamkeit der etablierten Kaliwerke, die sich durch den Kauf von Aktien einen Anteil an dem viel versprechenden Bergwerk sicherten. Innerhalb von zehn Jahren wuchs das Aktienkapital auf 4,5 Millionen Mark an.

Als die Schachtbauten 1899 in 700 Metern Tiefe abgeschlossen waren, begann das Unternehmen, das nun „Kaliwerke Salzdetfurth AG“ hieß, mit der Förderung. Um die Rohsalze zu verarbeiten, errichtete die Salzdetfurth AG in Groß-Düngen in der Nähe von Bad Salzdetfurth eine eigene Kalifabrik mit Bahnanschluss, die 1901 ihren Betrieb aufnahm. Die Kaliwerke Salzdetfurth expandierten schnell. 1907 erwarben sie drei Grubenfelder im Herzogtum Braunschweig und beteiligten sich an einer Superphosphatfabrik in Nordenham. 1912 gründete man die „Kaliwerk Salzberg GmbH“, um einen dritten Schacht niederzubringen, und schließlich erlangten die Kaliwerke Salzdetfurth maßgeblichen Einfluss auf die Gewerkschaft Braunschweig-Lüneburg. Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich Salzdetfurth zu einem der führenden deutschen Kalikonzerne (siehe Kapitel 3, Seite 86) und wurde zu einer der Vorläufergesellschaften der heutigen K+S AG (siehe Kapitel 5, Seite 161ff).



Ansicht des Kaliwerkes Salzdetfurth in der Gründungsphase



Wichtige Werke des norddeutschen Kalireviers im Großraum Hannover, Braunschweig und Hildesheim vor 1914

„Gott mit uns“ – Die Entstehung des Burbach-Konzerns

Ähnlich wie die Kaliwerke Salzdettfurth AG entwickelte sich die Gewerkschaft Burbach um 1900 zu einem der großen deutschen Kaliunternehmen. Am Anfang der Burbach-Geschichte stand die 1889 gegründete Bohrgesellschaft „Gott mit uns“. Unter der Leitung von Gerhard Korte, einem Unternehmer aus der Steinsalzbranche, begann die Gesellschaft ihre ersten Probebohrungen bei Walbeck im oberen Allertal, das heute zu Sachsen-Anhalt gehört. Dies geschah unter strengster Geheimhaltung, aus Furcht, der preußische Fiskus könnte auf einen Kalifund an dieser Stelle mit eigenen Bohrungen reagieren. 1890 meldete Korte der Bergbehörde einen Salzfund und erhielt daraufhin eine Abbaugenehmigung.

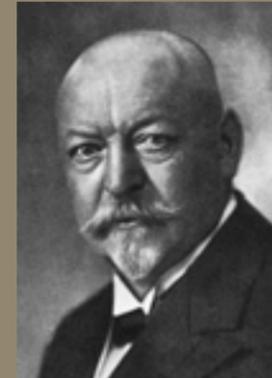
Trotz der prekären finanziellen Situation des Unternehmens lehnte Korte ein Kaufangebot der Bergbehörde ab und kündigte an, im Allertal eine prosperierende Kaliindustrie zu schaffen. Als die Bergbehörde ihm die Einrichtung einer eigenen Gewerkschaft verweigerte, wendete Korte erneut einen Trick an. Er erweckte die stillgelegte Gewerkschaft des Eisensteinbergwerks Burbach aus dem Siegerland wieder zum Leben, verlegte ihren Sitz nach Magde-

burg und erwarb mehrere Bohrfelder. Das Rohsalz, das bei den 1897 begonnenen Bohrungen bei Beendorf gefunden wurde, hatte einen unerwartet hohen Kaligehalt und wurde ab 1899 gefördert. Nun brauchte die Gesellschaft möglichst schnell eine eigene Fabrik zur Herstellung von Kaliumchlorid. Zunächst pachtete Korte das am nächsten gelegene Werk, eine Fabrik in Schönebeck an der Elbe, bevor im Juli 1902 eine gesellschaftseigene Kalifabrik in der Nähe der Schachtanlagen ihren Betrieb aufnahm. Die kleine Bohrgesellschaft „Gott mit uns“ war innerhalb weniger Jahre zu einem der großen Kaliwerke aufgestiegen.

Und das war nur der Anfang. 1904 gründete Burbach die Gewerkschaft Walbeck, der weitere Gewerkschaftsgründungen folgten: Alleringersleben, Ummendorf und Eilsleben. Burbach entwickelte sich rasch zu einer Gruppe, die 1912 durch die Übernahme des Kaliwerkes Krügershall in Halle zu einem Konzern wurde, der lange Zeit mit den beiden anderen großen Kalikonzernen Salzdettfurth und Wintershall konkurrierte (siehe Kapitel 3, Seite 87), bis er schließlich 1955 in die „Wintershall AG“ (siehe Kapitel 4, Seite 129) eingegliedert wurde.



Das im oberen Allertal gelegene Bergwerk Walbeck gehörte zu den ersten Kaliwerken der aufstrebenden Gewerkschaft Burbach.



Gerhard Korte – der Gegenspieler von August Rosterg

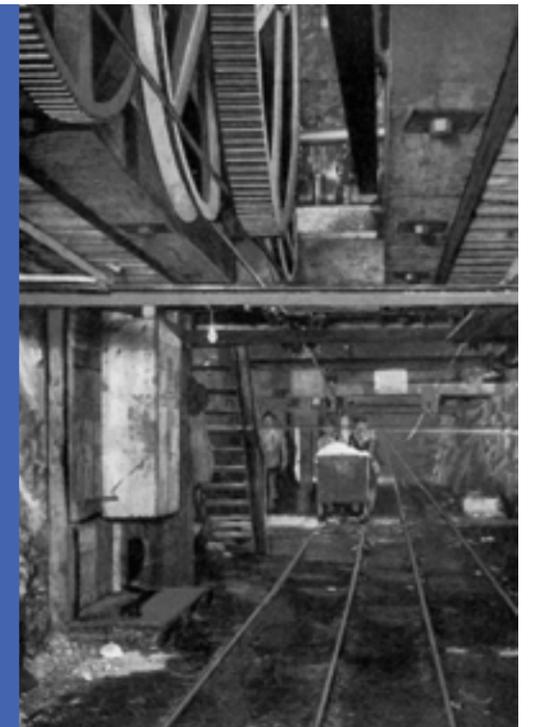
Der Vorsitzende des Burbach-Konzerns, Gerhard Korte (1858–1945), gehörte zu den Pionieren der deutschen Kaliindustrie. 1858 in Celle geboren, absolvierte er nach dem Besuch des Gymnasiums eine kaufmännische Ausbildung und war gegen Ende der 1880er Jahre in Aschersleben im Steinsalzhandel tätig. Seit 1889 kaufte er im oberen Allertal zwischen Weferlingen und Eilsleben rund 60 Kalifelder. Für den gewerkschaftlichen Rahmen seines Kali-Engagements erwarb er 1896 die ältere, im Siegerland ruhende Gewerkschaft Burbach mit 1.000 Kuxen.

Korte war sehr früh von der Bedeutung der Landwirtschaft als Kaliabnehmer überzeugt

und konnte 1906 eine wichtige Verbindung herstellen, als er einen Teil seiner Kalifelder an den Bund der Landwirte verkaufte. Im selben Jahr gründete er den Burbach-Konzern, indem er seinen eigenen Gewerkschaften Burbach, Walbeck, Bartensleben und Buchberg die Aktiengesellschaft Krügershall sowie einige weitere Gewerkschaften angliederte. In den 1920er Jahren baute er den Konzern gezielt aus. 1925 bildete sich unter seiner Führung der „Kaliblock“, der das syndikatsbeherrschende Zusammengehen von Wintershall und Preussag verhindern sollte. Der Kauf von Wintershall-Anteilen durch Korte führte 1927 zu einer Verflechtung der deutschen Kalikonzerne.

Kalisalz- und Soleförderung der Firma Solvay

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten neue Namen im Kaligeschäft auf. Dazu gehörte die belgische Firma Solvay & Cie., die 1890 in der Nähe von Bernburg im heutigen Sachsen-Anhalt mit der Förderung von Kalisalzen begann (Solvayhall). Das Bergwerksrecht hatten sich die aus Belgien stammenden Brüder Ernest und Alfred Solvay, die in Whylen am Hochrhein die erste deutsche Sodafabrik betrieben, bereits zehn Jahre zuvor gesichert. 1884 begannen sie mit dem Abteufen eines Schachtes, doch starke Wasserzuflüsse verhinderten mehrere Jahre lang die Förderung. Das Werk nahm seine Arbeit zwar mit einiger Verzögerung auf, stieg dann aber mit großer Dynamik in die Produktion ein. Von Beginn an ging das geförderte Kalisalz direkt in die firmeneigene Kalifabrik. Ab 1893, nach einer ungewöhnlich kurzen Teufzeit von nur drei Jahren, förderte die Firma Solvay außerdem Sole aus einem weiteren Schacht. Mit Hilfe eines neu entwickelten Verfahrens wurde die Sole über eine neun Kilometer lange Leitung direkt in die Bernburger Sodafabrik gepumpt. Während andere Unternehmen der ersten Gründungswelle längst wieder aufgegeben hatten, bewährten sich die soliden Verfahren der belgischen Firma. Der Schacht Solvayhall bildete den Grundstock für die Salzförderung in Bernburg (siehe Bild). Heute befindet sich in unmittelbarer Nähe das Stein- und Siedesalzwerk Bernburg, einer der größten Standorte der zur K+S Gruppe gehörenden „esco – european salt company“.



Der Weg nach Süden

Die Suche nach Kalivorkommen ging weiter. Viel zu lukrativ waren die Aussichten, um nicht auch dort zu suchen, wo Kali angeblich nicht zu finden war, nämlich südlich des Harzes. Den „Sprung über den Harz“ wagte als Erster der Oberbergrat Hermann Pinno. Im Auftrag der preußischen Regierung nahm er 1888 in Kehmstedt bei Nordhausen Probebohrungen vor und stieß dabei auf Kalisalze.

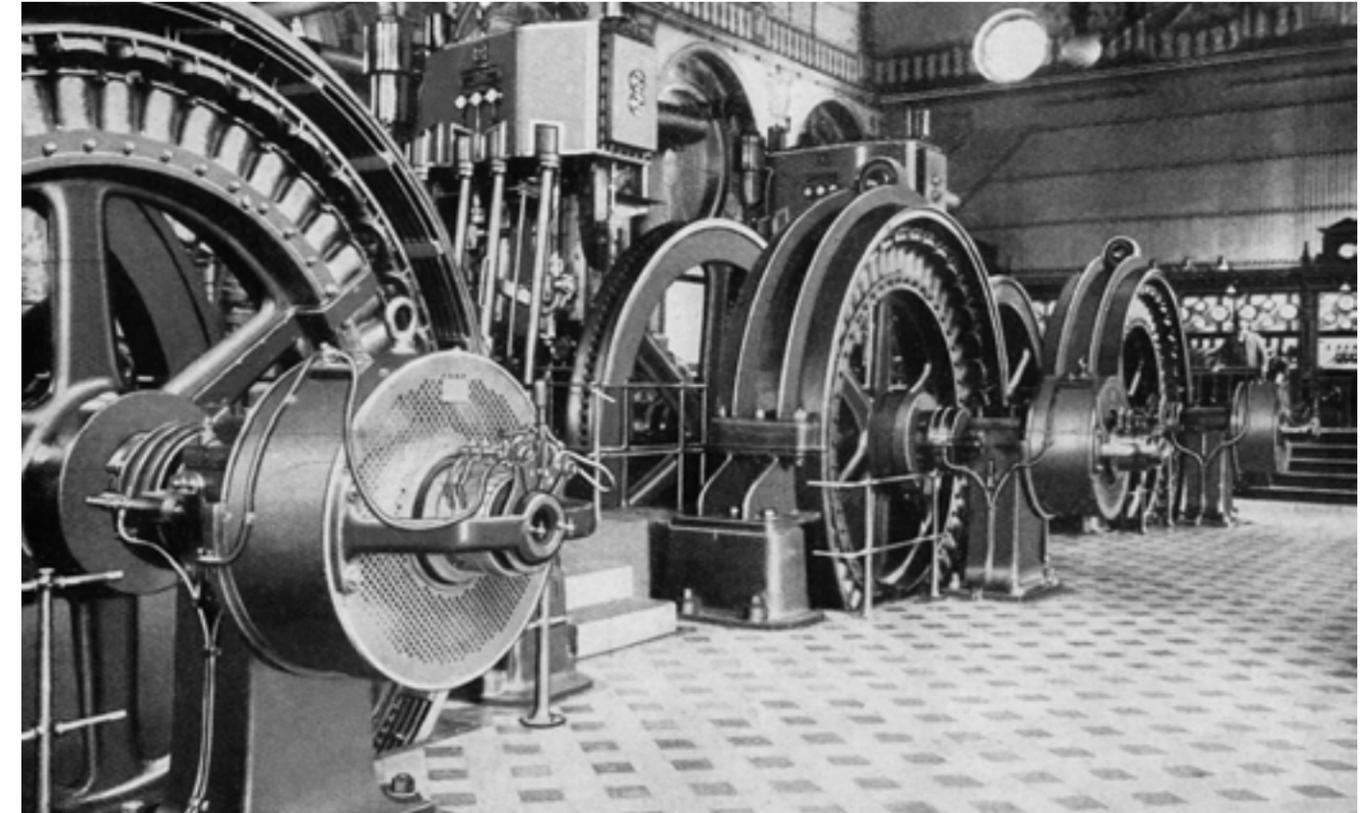
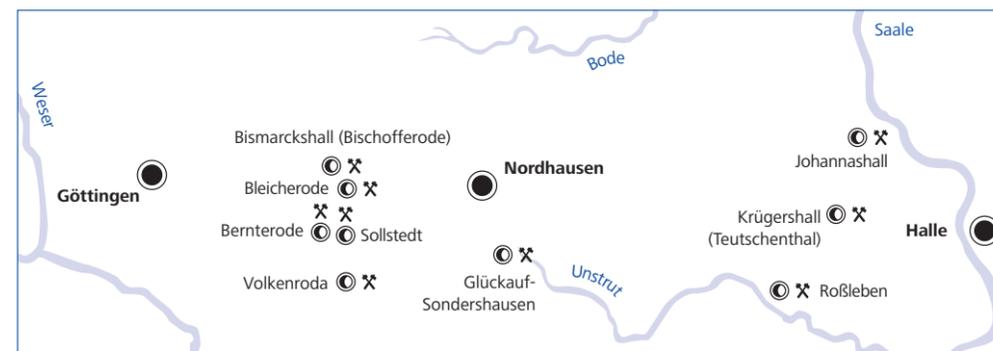
Als der Unternehmer Heinrich Leonhardt Brüggemann aus Bochum von den Kalifunden erfuhr, beantragte er 1891 beim Landrat von Schwarzburg-Sondershausen einen Schürfschein. Bereits 1892 erreichte eine Bohrung von Brüggemanns Gesellschaft ein Kaliflöz und noch im gleichen Jahr wurde die Gewerkschaft „Glückauf-Sondershausen“ gegründet. Der Schachtbau war 1895 abgeschlossen, und im Februar 1896 konnte bereits das „Kainit-Sondershäuser Hartsalz“ als Düngemittel angeboten werden. Das Werk erhielt einen Eisenbahn- und Stromanschluss und eine Dampffördermaschine. Zudem baute die Gewerkschaft eine Kaliumchloridfabrik zur Verarbeitung von Hartsalzen – all das geschah noch im Jahr 1896.

Innerhalb weniger Jahre hatte das private Unternehmen damit den preußischen Fiskus abgehängt, der erst 1899 – mehr als zehn Jahre nach dem ersten Kalifund – mit der Erschließung für das königliche Kalibergwerk in Bleicherode begann. Auch technisch hinkte die staatliche Förderung hinterher. So begannen der Abbau und der Verkauf erst 1902. Die Verarbeitung folgte ein Jahr später.

Im neu entstandenen Südharz-Revier wurde eine Zeitenwende sichtbar: Waren in der Anfangszeit des Kalibergbaus die staatlichen Kaliwerke den privaten Gesellschaften dank ihres Know-hows und ihrer Technik überlegen, so zeigte sich nun, dass Privatunternehmen mit Risikobereitschaft, unkonventionellem Vorgehen und vor allem mit dem nötigen Kapital in kürzester Zeit erfolgreich arbeitende Kalibergwerke aufbauen und dabei den staatlichen Bergbau mühelos überrunden konnten. Dank privater Initiative entstanden dort zahlreiche Bergwerke: Neben Glückauf-Sondershausen und Bleicherode nahmen später auch die Werke Sollstedt (1906), Roßleben (1906), Volkenroda (1909) und Bismarckshall (1911) die Förderung im Südharzrevier auf.

rechts Die Elektrifizierung der Kaliindustrie setzte in den 1890er Jahren ein: elektrische Zentrale des Kaliwerkes Glückauf-Sondershausen

unten Wichtige Werke des Südharz-Kalireviers vor 1914



Kalifunde im Südharz – Ein Dorf verändert sich

Wo Kali gefunden wurde, veränderten sich die Dörfer schlagartig. Neue Arbeitsplätze entstanden, und es floss viel Geld in andere Unternehmen rund um den Bergbau. In Stockhausen bei Sondershausen, wo 1892 mit dem Bau des ersten Kalibergwerks südlich des Harzes begonnen wurde, erlebte man dies hautnah. Die Einwohnerzahl stieg rapide: von etwa 900 im Jahr 1894 auf mehr als 2.000 im Jahr 1913. Bis zu den Kalifunden in Sondershausen hatten die Dorfbewohner mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft gelebt. Bald gaben aber nicht mehr die Bauern den Ton an. Die Kaliarbeiter verdienten viel Geld und gaben es großzügig aus. Die Pfarrer klagten über „tolle Trinkgelage“, so dass die Bergwerksleitung anordnete, der Bergmann solle nach Erhalt seines Lohns „entweder auf seine Arbeit fahren oder nach Hause gehen“.

Mit der Zeit nahmen die Beschwerden ab. Die Bergleute siedelten sich in Stockhausen an und gründeten Familien. Viele bauten eigene Häuser oder wohnten in den von der Gewerkschaft eingerichteten „Arbeitercolonien“. Mit Hilfe der Gewerkschaft entstanden in dem schnell wachsenden Ort eine Schule und ein Kindergarten, ein Diakonissenhaus und eine Haushaltsschule. Der Arbeitgeber versuchte, die Arbeiter und ihre Familien möglichst eng an sich zu binden. Nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit erhielt beispielsweise jeder Beschäftigte Weihnachtsgeld, das sich mit jedem Dienstjahr erhöhte. Solche sozialen Leistungen lockten die Arbeiter in die neu entstehenden Kalireviere und ließen sie dort sesshaft werden. Zugleich veränderten sie das Gesicht beschaulicher Dörfer, die sich innerhalb weniger Jahre zu kleinen Städten mit moderner Infrastruktur wandelten.

Die Geburtsstunde des Werra-Fulda-Reviere

Auch in anderen Regionen förderte der private Unternehmungsgeist die Entdeckung weiterer Kalivorkommen. Auf weimarischem Gebiet hatte beispielsweise die Berliner Bankiersfamilie Hadra Grubenfelder erworben und führte auf der Saline Kaiserroda bei Bad Salzungen seit 1876 Bohrungen nach Steinsalz durch. Im Sommer 1893 gelangten erste Nachrichten über Kalifunde an die Öffentlichkeit. Die Behörden des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach drängten nun darauf, weiterzubohren. Als ein Carnallitfund in 368 Meter Tiefe im Oktober 1893 offiziell bestätigt wurde, regte sich innerhalb kürzester Zeit lebhaftes Interesse. Nur eine Woche später erschien Adolph Frank, der Kalipionier aus Staßfurt, um die Bohrung zu besichtigen. Mit sicherem Gespür erkannte er das Potenzial der Kalifunde rund um Kaiserroda. 1893 schlug hier die Geburtsstunde für das Kalirevier an Werra, Ulster und Fulda.

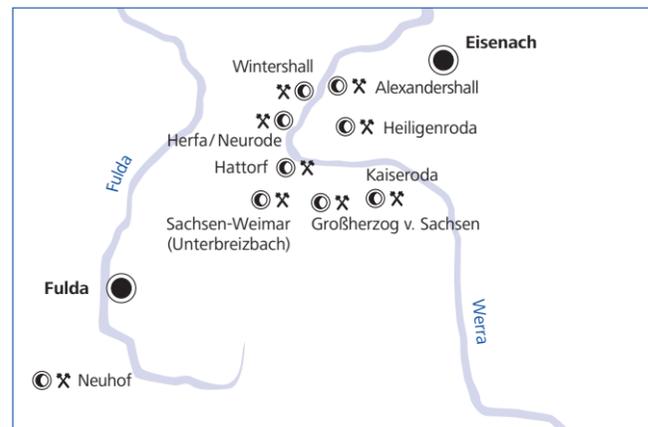
Nur ein Jahr später standen bereits zehn Bohrtürme im Werratal, um das begehrte Salz zu erschließen. Erste Bohrungen im benachbarten Herzogtum Sachsen-Meiningen zu Beginn des 20. Jahrhunderts erbrachten ebenfalls gute Ergebnisse. Als die Suche nach Kali auch auf das westlich gelegene Hessen-Nassau ausgedehnt wurde, setzte der unaufhaltsame Aufstieg des Kalireviere an Werra und Fulda ein.

Die Gewerkschaft Wintershall in Heringen

In den 1890er Jahren entstand an der Werra ein Unternehmen, das sich schnell zum größten Kaliwerk Deutschlands entwickelte: die Gewerkschaft Wintershall in Heringen. Wintershall wurde zu Beginn des Jahres 1894 von dem Kamener Maschinenhersteller und Bohrunternehmer Carl Julius Winter sowie dem Bochumer Industriellen Heinrich Grimberg (siehe Kasten, Seite 57) als Bohrgesellschaft gegründet. Aus ihr ging 1899 die Gewerkschaft Wintershall hervor. Die Schachtbauten, die im Jahr 1900 begannen, leitete der junge Ingenieur August Rosterg. Im Gegensatz zu den leichter abbaubaren Kalilagern bei Hannover galt das Werra-Gebiet damals als besondere Herausforderung, denn Plattendolomit und Wasserzuflüsse erschwerten das Teufen der Schächte. Die Anstrengungen beim Teufen zahlten sich aus, denn die aufgeschlossenen Kalisalzlager waren von höchster Qualität. Entsprechend selbstbewusst traten die Betreiber der Gewerkschaft

Wintershall im Kalisyndikat auf. Sie sahen sich in der Lage, große Mengen Kaliohsalze zu niedrigeren Preisen anzubieten. Der ambitionierte Betriebsleiter August Rosterg (siehe Kasten, Seite 57) verbesserte die technische Ausstattung des Werkes. Zu den von ihm veranlassten Innovationen gehörte der Bau einer Wasserkraftanlage an der nahe gelegenen Werra, die seit 1904 die elektrische Energie für die bisher mit Dampf betriebene Fördermaschine lieferte. Im selben Jahr wurde auch der Eisenbahnanschluss an die Strecke Gerstungen-Vacha fertig gestellt, so dass der Transport mit Pferdegespannen der Vergangenheit angehörte.

Wie alle Werke, die ihr Potenzial optimal ausschöpfen wollten, baute die Gewerkschaft Wintershall eine Kaliumchlorid- und Sulfatfabrik auf, die hochwertige Düngesalze aus dem selbst geförderten Rohsalz herstellte. Mit dieser Anlage banden sie zudem die 1910 gegründeten Nachbargewerkschaften Herfa



oben Wichtige Kalibergwerke im Werra-Fulda-Revier vor 1914

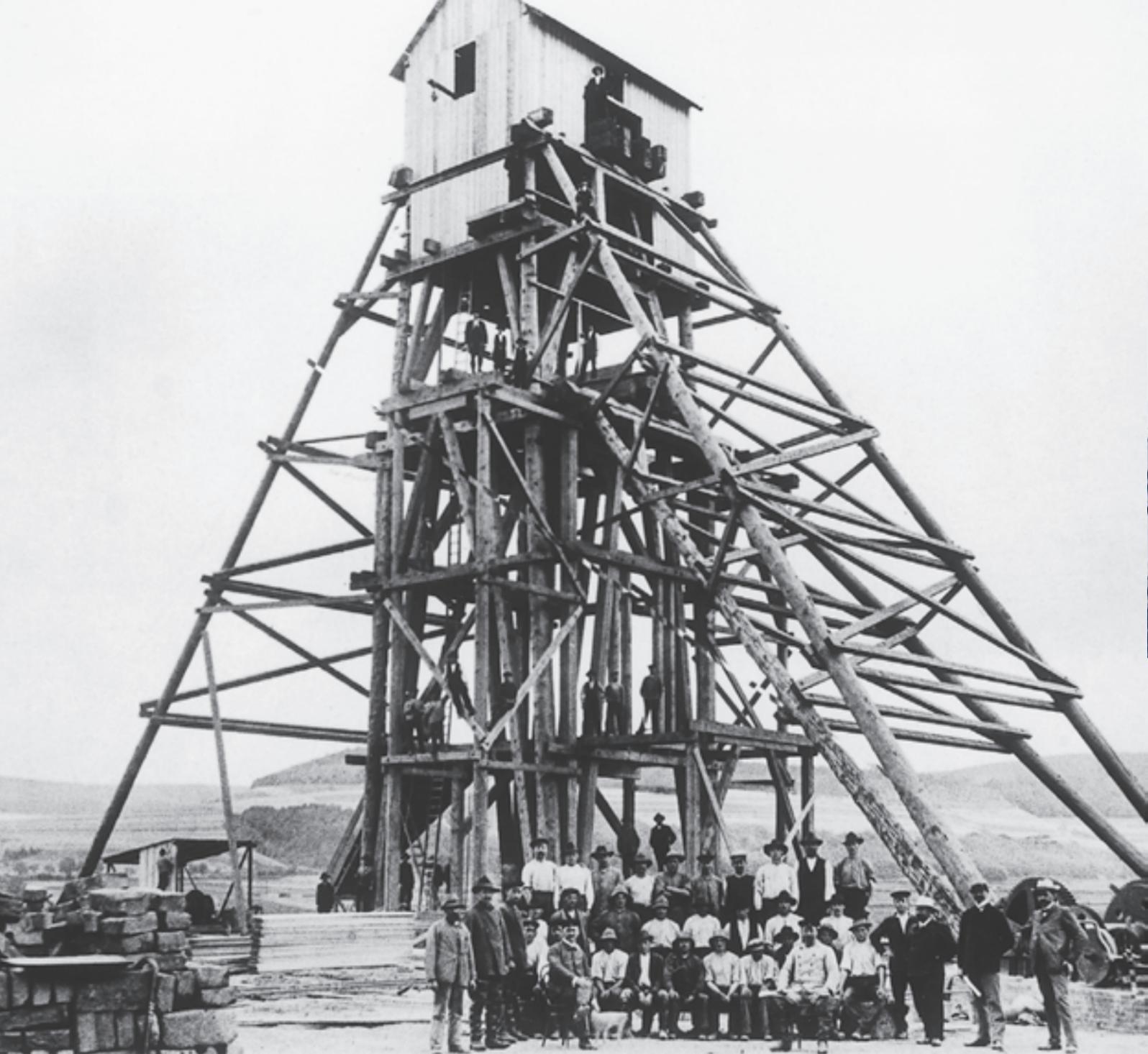
unten Das Kaliwerk NeuhoF in den Anfangsjahren



NeuhoF-Ellers – Kalibergbau im Fulda-Revier

Wie bei vielen Kaliunternehmen beginnt die Geschichte von NeuhoF-Ellers mit der Gründung einer Bohrgesellschaft. Eigentümer war die bei Wolfenbüttel ansässige Gewerkschaft Hedwigsburg. In schneller Folge führte die Gesellschaft im Jahr 1905 zahlreiche Tiefbohrungen in der Nähe des bei Fulda gelegenen Ortes NeuhoF durch. Dabei stießen die Bohrmannschaften schon bald auf Carnallit- und Sylvinitlager. Bereits Anfang Dezember 1905 gründeten die Investoren die Gewerkschaft NeuhoF. Beim Teufen des ersten Schachtes traten dann allerdings zahlreiche Schwierigkeiten – vor allem bei der Wasserhaltung – auf, die die Entwicklung des Bergwerks bremsen. Erst 1909 konnte

die Förderung aufgenommen werden. Um der Forderung der Bergbehörde nach einem zweiten Schacht nachzukommen, schloss NeuhoF einen Betriebs- und Interessenvertrag mit der 1910 gegründeten Gewerkschaft Ellers ab, die durch Feldteilung aus der Gewerkschaft NeuhoF hervorgegangen war. Der Schacht Ellers sollte NeuhoF als zweiter Schacht dienen. Zugleich sollten die von Ellers geförderten Rohsalze in der Neuhofer Kalifabrik verarbeitet werden, die 1913 ihren Betrieb aufnahm. Im Zuge der Konzentrationsprozesse der 1920er Jahre gelangte NeuhoF-Ellers über die „Deutsche Kaliwerke AG“ in den Besitz der Kali-Industrie AG, die zum Wintershall-Konzern gehörte.



Der Ursprung von Wintershall: Teufen des Schachtes Grimberg I im Jahr 1901

und Neurode eng an sich, die ihr Salz ebenfalls in der Wintershall Fabrik verarbeiten ließen. Im selben Jahr begann Wintershall seine Expansion mit der Übernahme der Gewerkschaften Heiligenroda, Bismarckshall und Gebra. 1915 gingen auch Herfa und Neurode in den Besitz von Wintershall über. Damit legte Rosterg den Grundstein für den Aufbau eines der mächtigsten Konzerne der deutschen Industrie (siehe Kapitel 3, Seite 84). Von den Vorläufergesellschaften der K+S AG war Wintershall die bedeutendste.



Der erste Schacht der Gewerkschaft „Amélie“ im elsässischen Wittelsheim

Im Elsass wird Kali entdeckt

Eines der letzten Kalivorkommen in Deutschland wurde 1904 im Elsass entdeckt, das nach der Annexion im Gefolge des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 zum Deutschen Reich gehörte. Auch hier war man zuerst auf der Suche nach Steinsalz, als eine Bohrung in Wittelsheim bei Mühlhausen rot-orangefarbene Bohrkerne ans Tageslicht brachte. Es handelte sich dabei um Sylvinit. Der Fund überraschte die Bohrgesellschaft „Gute Hoffnung“, doch allen Beteiligten war klar, dass man auf einen Schatz gestoßen war. Die einzige Frau unter den Gesellschaftern, Amélie Zürcher, behauptete später, sie habe zuvor von einem gewaltigen Schatz in der Elsässer Erde geträumt. Die Bohrgesellschaft verheimlichte ihren Fund zunächst und erkundete mit mehr als hundert weiteren Bohrungen in Ruhe das Kalivorkommen.

Die treibende Kraft dieses Unternehmens war der elsässische Industrielle Joseph Vogt. Als Inhaber mehrerer Schmelz- und Kupferhütten hatte er die Industrialisierung des Elsass mitgestaltet. Im Bergbau kannte er sich aus – mit seinen Bohrtürmen hatte er bereits nach Erz und Erdöl gesucht. Vogt hatte anfangs Finanzierungsprobleme, weil die elsässischen Banken seine Begeisterung für die Kalifunde nicht teilten. Der Unternehmer verhandelte daher mit deutschen Banken, die allerdings eine Teilhaberschaft von mehr als 50 Prozent verlangten, um die Bergbaugesellschaft kontrollieren zu können. Vogt hatte keine andere Wahl, wollte er seinen Traum realisieren, und musste sich deshalb auf die Bankkonditionen einlassen.

Die 1906 gegründete „Gewerkschaft Amélie“ teufte 1907/08 einen Schacht in Wittelsheim und konnte 1910 hochprozentiges Kalisalz liefern. Das Kalisalzlager weckte große Hoffnungen: Spezialisten schätzten, dass die 200 Quadratkilometer große Salzlagerstätte erst in drei Jahrhunderten abgebaut sein werde.

Vogt wollte unbedingt französisches Kapital für den Kalibergbau gewinnen. Doch die Investoren hielten sich zurück, weil sie den Einfluss des mächtigen deutschen Kalisyndikats fürchteten. Es herrschte Überproduktion und daher war es unwahrscheinlich, dass eine französisch geprägte Konkurrenz auf dem Markt eine Chance haben würde. Vogt wagte es dennoch und gründete 1910 die private Bergbaugesellschaft „Kali Sainte-Thérèse“. Deutsche und französische Kapitalgeber brachten 5,6 Millionen Mark auf. Die Mehrheit der Kuxe, also der Besitzanteile an der Gewerkschaft, gingen jedoch schon 1911 an den damals größten Konkurrenten von Wintershall, Salzdettfurth und Burbach, die „Deutsche Kaliwerke AG“ mit Sitz im sächsischen Bernterode. Die Deutsche Kaliwerke AG erwarb noch im selben Jahr die Konzessionen der Gewerkschaft Amélie und erlangte damit eine Schlüsselstellung im elsässischen Kalibergbau.

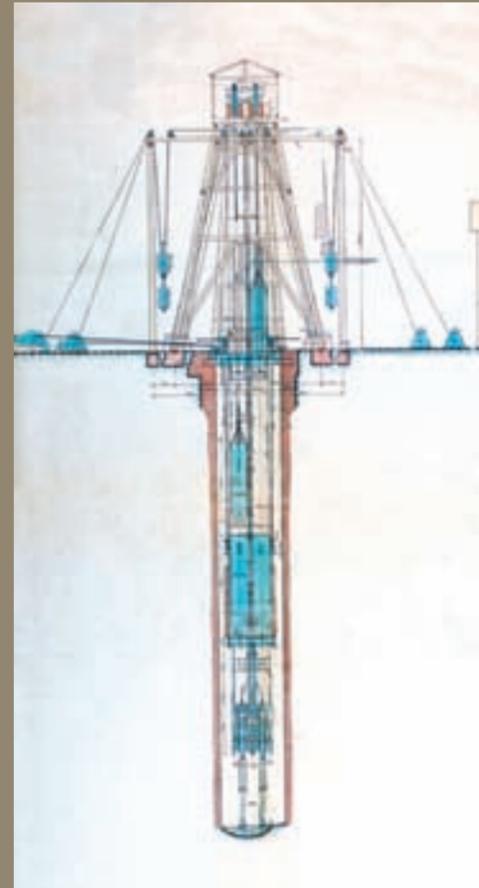
1913 kamen knapp drei Prozent der gesamten Kaliförderung aus dem Elsass. Wichtiger jedoch als die mengenmäßige war die symbolische Bedeutung des elsässischen Reviers. Als das Elsass nach dem Ersten Weltkrieg wieder an Frankreich fiel, verlor Deutschland sein Weltmonopol als Kaliproduzent (siehe Kapitel 3, Seite 79).

DIE ANFÄNGE DER WINTERSHALL AG

Innovation beim Teufen – die Tomson'sche Wasserzieheinrichtung

Die Bohrtechniker standen im Werra-Revier vor großen Problemen. Die Salzlager versprachen zwar eine ausgezeichnete Qualität, aber um sie zu erschließen, musste eine tief liegende und Wasser führende Schicht, der Plattendolomit, durchstoßen werden. Diesen Schwierigkeiten begegnete man in Heringen mit einer technischen Innovation. Herkömmlicherweise wurde nach der Kind-Chaudron-Methode ein Schacht durch den Plattendolomit gebohrt, über den das nachlaufende Wasser in einem aufwändigen und langwierigen Verfahren abgepumpt wurde. Dieses Verfahren war schwierig, erforderte viel Zeit und den Einsatz kostspieliger Maschinen.

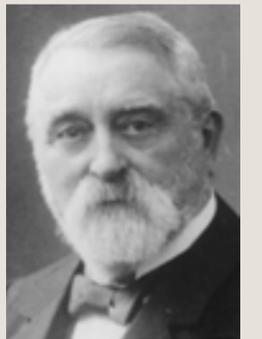
Beim Bau des Schachtes Grimberg im Jahre 1900 wagte der Ingenieur August Rosterg es erstmals, den Plattendolomit einfach weiter zu durchteufen und das zufließende Wasser mit der so genannten Tomson'schen Wasserzieheinrichtung abzupumpen. Dabei füllten druckluftbetriebene Pumpen große Behälter mit dem Grubenwasser. In diese bis zu 70 Tonnen schweren Bassins tauchten Wasserziehkübel ein und beförderten das Wasser aus dem Schacht. Die gesamte Anlage hing an Drahtseilen und konnte so aus dem Schacht herausgezogen werden, wenn die Wasserzuflüsse zu stark wurden. Die Pumpen machten einen ohrenbetäubenden Lärm, der für die Arbeiter in den Schächten kaum zu ertragen war. 1902 kamen deshalb leisere Kreiselpumpen zum Einsatz. Die Wasserzieheinrichtung erwies sich schnell als wichtige Neuerung, denn die Schächte konnten mit ihrer Hilfe wesentlich schneller als mit den früher üblichen Verfahren fertiggestellt werden.



Heinrich Grimberg – vom Kohle- zum Kalibergbau

Heinrich Grimberg (1833–1907) war einer der bekanntesten Bergbauunternehmer des 19. Jahrhunderts. Zunächst im westfälischen Kohlebergbau tätig, dehnte der Bochumer Unternehmer seine Aktivitäten schon bald aus. 1872 begründete er in Elsass-Lothringen, das im Jahr zuvor vom Deutschen Reich annektiert worden war, mit anderen Unternehmern die Gewerkschaft Lothringen und schuf eine der technisch fortschrittlichsten Kohlezechen seiner Zeit. Zahlreiche weitere Gewerkschafts- und Zechengründungen folgten. In den 1890er Jahren entdeckte Grimberg den hessischen Kalibergbau als Tätigkeitsfeld und gründete

mit anderen Kalipionieren die Gewerkschaft „Wintershall“ in Heringen an der Werra, die ihren Sitz in Bochum hatte. Als das Unternehmen 1901 in finanzielle Schwierigkeiten geriet, kaufte Grimberg einen großen Teil der Kuxe, sanierte Wintershall und ermöglichte so den Aufstieg der Gewerkschaft zum größten deutschen Kaliunternehmen. Grimberg investierte nicht nur Kapital, sondern engagierte sich auch selbst in der Leitung seiner Unternehmen. Die Teilnahme des „alten Grimberg“ an einer Neugründung bewies der Öffentlichkeit schon ihre Solidität.



August Rosterg – der „Macher“ von Wintershall

August Rosterg (1870–1945) stammte aus einer westfälischen Bergarbeiterfamilie. Wie sein Großvater und sein Vater arbeitete er zunächst als Bergmann auf der Kohlenzeche Massen, bevor er 1895 ein Ingenieurstudium an der Bergakademie in Clausthal aufnahm. Um sein Studium zu finanzieren, half Rosterg in den Semesterferien beim Abteufen des Kalischachtes Beienrode im Südharz-Revier. Dort fiel er einem Anteilseigner der Bohrgesellschaft Wintershall auf, die ihn 1898 als Bohringenieur einstellte und mit der Leitung des Schachtbaus in Heringen an der Werra beauftragte. Rostergs energische Bauleitung und die erfolgreiche Anwendung des Tomson'schen Wasserziehverfahrens begründeten seinen Ruf als durchsetzungsfähiger Gestalter. Er stieg in die Führung der Gewerkschaft Wintershall auf, erhielt 1908 als Bergwerksdirektor Prokura und wurde 1916 zum Generaldirektor für alle Werke der Wintershall-Gruppe ernannt. Nach dem Ersten Weltkrieg baute Rosterg die Gewerkschaft Wintershall zum führenden Kalikonzern Deutschlands

aus. Zeitweise hatte Wintershall einen Anteil von mehr als 40 Prozent am Gesamtabsatz der deutschen Kaliindustrie. Rosterg forcierte dazu die Rationalisierung des Konzerns: Er schloss in den 1920er Jahren zahlreiche unrentable Schächte und fasste die 15 verbliebenen zu acht großen Kaliwerken zusammen. Rostergs Rationalisierungsmaßnahmen fanden ihren Höhepunkt im Bau des Kaliwerks Merkers, den er gegen vielfältige Widerstände durchsetzte. Das 1925 fertig gestellte „Mammutwerk“ war damals das größte und modernste Kaliwerk der Welt. Der Erfolg förderte Rostergs Aufstieg: 1926 übernahm er den Vorstandsvorsitz der Gewerkschaft Wintershall und erlangte zusammen mit anderen Investoren die Mehrheit der Gewerkschaftsanteile. Damit befand sich Wintershall praktisch im Besitz von Rosterg. Er baute den Konzern in den folgenden Jahren weiter aus und stieg Anfang der 1930er Jahre ins Erdölgeschäft ein, das bis heute zusammen mit den Erdgasaktivitäten ein Kerngeschäft der Wintershall AG ist. 1944 ging er nach Schweden, wo er im November 1945 starb.





links Verladung von Kalisäcken im Hamburger Hafen um 1890

unten Sitzung des Direktoriums der DLG im Jahr 1899 in Berlin mit dem Vorsitzenden von Arnim-Criewen (Mitte) und dem Ehrenmitglied Max Eyth (dritter von links)



Die 1894 gegründete Gewerkschaft Kaiseroda teufte 1911 gleich zwei Schächte, Kaiseroda II und III (siehe Bild), aus denen später das Werk Merkers hervorging. Der Schacht Kaiseroda I war bereits seit 1900 in Betrieb und gehörte zu den ersten Kalischächten des Werra-Fulda-Reviers.



ERFOLGE UND RÜCKSCHLÄGE

Die Eroberung des amerikanischen Marktes

Der Inlandsmarkt wuchs zwar dank der kräftigen Nachfrage der deutschen Landwirtschaft in den 1890er Jahren stetig, dennoch machte die Zunahme der Kaliwerke und damit die Ausweitung der Produktion eine Steigerung des Exports notwendig. Der größte Abnehmer von Kali auf dem Weltmarkt war die US-amerikanische Landwirtschaft. Ähnlich wie in manchen Regionen Deutschlands und Europas hatte sich in den USA eine intensiv betriebene Landwirtschaft entwickelt. Den Farmern standen nicht nur große Flächen, sondern auch das nötige Kapital zur Verfügung. Ohne Kali und andere mineralische Dünger war dieser intensive Ackerbau nicht zu bewerkstelligen. Für die deutsche Kaliindustrie war der amerikanische Markt äußerst lukrativ, zumal hier anders als in Deutschland keine Vergünstigungen gewährt werden mussten.

Kalilieferungen in die USA gab es schon seit Mitte der 1860er Jahre. Eine gezielte Pflege dieses bedeutenden Marktes war damit allerdings nicht verbunden. Erst das Kalisyndikat verfügte über ständige Vertreter in den USA. 1893 wurde in New York die erste ausländische Vertretung errichtet. Eine weitere Verbesserung des Vertriebs führte man bereits 1891 ein: Statt über den Handelsplatz Staßfurt wurden die Geschäfte nun über Zwischenlager in amerikanischen Häfen abgewickelt und damit die Lieferfristen stark verkürzt. Unterstützt wurden die Bemühungen des Kalisyndikats durch eine Senkung der US-Einfuhrzölle auf Kali im Jahre 1890.

Die Aufhebung des Zolls zeigte innerhalb kürzester Zeit Wirkung: Wurde 1890/91 Kainit im Wert von 400.000 Dollar in die USA geliefert, verdoppelte sich der Wert binnen eines Jahres. Beim Kaliumsulfat verfünffachte er sich sogar. In den

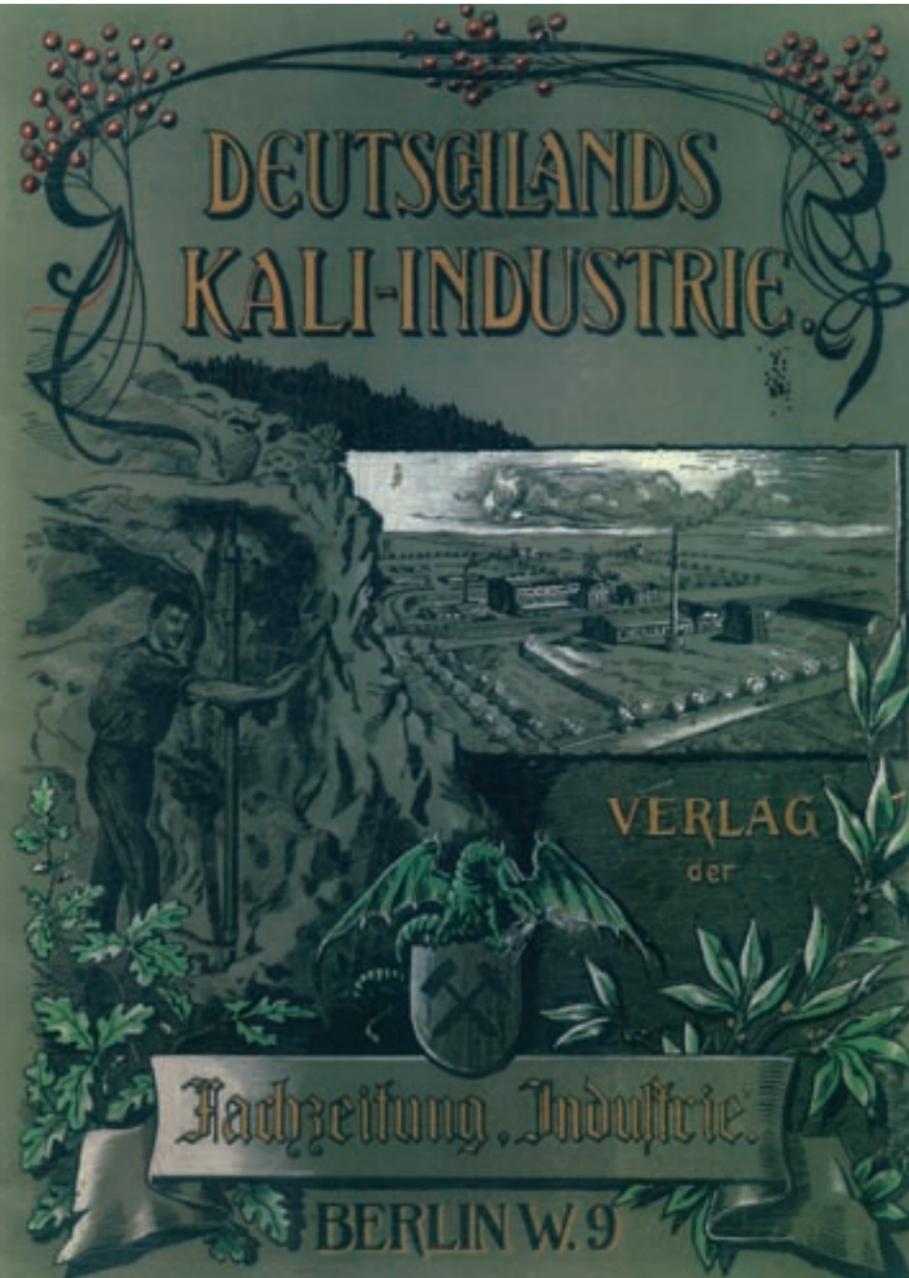
folgenden Jahren stieg der Export in die USA stetig an: So erhöhten sich die Ausfuhren von Kali in der Zeit des ersten Kalisyndikats (1888–1898) von knapp 21.000 auf rund 53.000 Tonnen K_2O .

Die Macht der deutschen Landwirtschaft

Trotz der großen Erfolge beim Export blieb die deutsche Landwirtschaft der wichtigste Abnehmer der Kaliindustrie. Das Kalisyndikat pflegte deswegen intensive Beziehungen zu landwirtschaftlichen Interessenvertretungen. Diese Verbände traten oft als Zwischenhändler auf und erhielten bei Abnahme größerer Mengen zum Teil erhebliche Rabatte. Dadurch schwand die Bedeutung der Handelshäuser. Bereits 1891 verkauften die DLG

und andere landwirtschaftliche Organisationen mehr Kali als die Großhändler.

Die Agrarverbände gewannen schnell erheblichen Einfluss auf die Preispolitik der Kaliindustrie. Als diese 1893 versuchte, eine moderate Preiserhöhung für hochprozentigen Kalidünger durchzusetzen, regte sich massiver Widerstand in der Landwirtschaft, die sich seit 1891 nach mehreren Missernten in einer Krise befand. Hilfe kam auch von politischer Seite. Nach einer Intervention des preußischen Handelsministers musste das Kalisyndikat die Preiserhöhung zurücknehmen. Als die preußische Regierung ganz im Sinne der Bauern auch noch eine allgemeine Senkung der Preise sowie ein Preisbestimmungsrecht für den einheimischen Markt forderte, entbrannte ein langer Kampf, der erst 1899 mit der Gründung des ersten Vollsindikats sein Ende fand.



In einem voluminösen Werk feierte der Verlag der „Fachzeitung „Industrie““ im Jahr 1902 die dynamische deutsche Kaliindustrie.

Das „Kaliefieber“ der 1890er Jahre

Versuche der preußischen Regierung, den Kalibergbau zu verstaatlichen, lösten in den 1890er Jahren „ein wahres Gründungs- und Spekulationsfieber“ aus. Viele Investoren wollten sich „kurz vor Toresschluss“ am lukrativen Kaligeschäft beteiligen. Zwischen 1893 und 1899 wurden 30 Gewerkschaften und 165 Bohrgesellschaften gegründet. Die Zahl der Kalibergwerke stieg von zehn im Jahr 1893 auf 28 im Jahr 1903.

Das Kaligeschäft versprach nach wie vor sagenhafte Gewinne. Als sich die allgemeine wirtschaftliche Lage seit etwa 1895 verbesserte, schien auch eine Fortsetzung des Kalibooms der Gründerjahre in Sicht. Das zog weitere Investoren an. Waren die Geldgeber bei Wintershall vor allem rheinisch-westfälische Industrielle, aber auch kapitalkräftige Unternehmer der Region, so wurde die ebenfalls 1894 gegründete Gewerkschaft Kaiseroda (Merkers) von Bankiers, Kaufleuten und Großunternehmern finanziert. Das Kaligeschäft lockte aber auch Kleinanleger an: Oft verkauften Bauern Land an die Bohrgesellschaften und beteiligten sich mit dem Erlös an den später entstehenden Gewerkschaften.

Der starke Geldzufluss führte zu immer neuen Bohrungen, die oftmals ohne Sinn und Verstand durchgeführt wurden. In einigen Fällen wurde das Kapital regelrecht „verbrannt“. Die vielen Misserfolge schreckten die Investoren jedoch nicht ab: Zu verlockend waren die Aussichten auf das große Geld. Immer mehr Anleger spekulierten in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre mit den Papieren der Kaliindustrie.

Krisenstimmung im Fin de Siècle

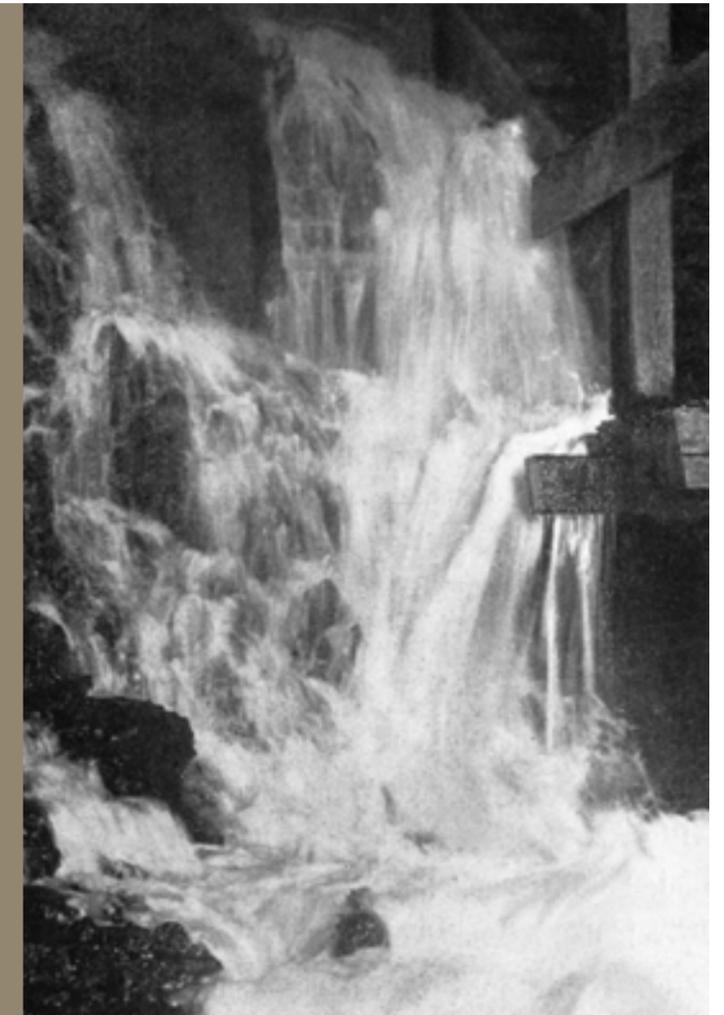
Die Spekulationsgeschäfte machten der Kaliindustrie Ende der 1890er Jahre erheblich zu schaffen. Bedrohlicher aber waren die unkontrollierbaren Wasserzuflüsse, die zum Absaufen

zahlreicher Schächte führten (siehe Kasten). Vor allem in Staßfurt und Umgebung, aber auch im Werra-Fulda-Revier gefährdeten immer häufiger Wassereinbrüche bestehende Bergwerke und das Abteufen neuer Schächte. Ein weiteres Problem bestand darin, dass die Grubenfelder der neuen Bergwerke häufig so nah beieinander lagen, dass sich der Abbau kaum noch lohnte. So schnell, wie sie entstanden waren, gaben viele Bohrgesellschaften und Bergwerke daher wieder auf. Der Rest hatte mit hohen Kosten beim Teufen neuer Schächte zu rechnen. Das ging zu Lasten der Anteilseigner, die häufig erhebliche Geldsummen zuschießen mussten.

Die ältesten Bergwerke in Staßfurt ersaufen

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bedrohten Wasserzuflüsse und Gebirgsschläge die Bergwerke des Staßfurter Raumes. Zu den gefährdeten Betrieben gehörten auch die 1863 eröffneten Pionierwerke Leopoldshall I und II. Nun rächte sich die Unerfahrenheit der ersten Erbauer von Kalibergwerken. Die Ingenieure hatten sich am Steinsalz- und Steinkohlenbergbau orientiert und dabei die Standfestigkeit der Gebirge überschätzt. Im Werk Leopoldshall zeigte sich schon 1879, dass die Pfeiler, die das Deckgebirge tragen sollten, zu schwach dimensioniert worden waren: Eine Abbaufäche von 20.000 Quadratmetern brach unter dem Druck des Deckgebirges zusammen. In den folgenden Jahren stürzten weitere Pfeiler ein. Außerdem trat mehr und mehr Wasser in die Gruben ein und löste über weite Strecken die betroffenen Kalisalzlager auf. Die Bergwerksleitung versuchte, das Wasser abzupumpen und verfüllte die entstandenen Hohlräume, damit die Firse nicht einbrachen. Doch die verzweifelten Versuche blieben ohne Erfolg. Im März 1900 bargen die Bergleute alles wertvolle Material aus den Gruben. Nur wenige Wochen später stand der Laugenspiegel bis 40 Meter unter der Tagesoberfläche. Bald darauf traf es auch die preußischen Schächte in Staßfurt: Bereits im Mai 1900 drangen die Wässer in der ersten Abbausohle am Von-der-Heydt-Schacht ein, mit dem die Geschichte der Kaliförderung begonnen hatte. Die Betreiber verzichteten auf weitere Rettungsmaßnahmen. Sie bargen das Material und ließen das Bergwerk notgedrungen absaufen. Das Bild zeigt einen Laugendurchbruch in dem zum Bergwerk Neu-Staßfurt gehörenden Schacht Agathe. Der Schacht wurde 1911 aufgegeben.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfasste die Branche angesichts der vielfältigen Probleme eine große Unsicherheit. Verstärkt wurde diese Stimmung durch die anstehenden Verhandlungen zur Fortsetzung des Kalisyndikats. Als sich im Frühjahr 1899 ein Ende des Wirtschaftsaufschwungs ankündigte, gab es kein Halten mehr. Die Kurse der Kalipapiere brachen ein. Die Anleger reagierten mit Angst- und Zwangsverkäufen. Dramatisch war der Kursverlust bei der Gewerkschaft Wintershall: Der Wert der Kuxe sank von 1.200 Mark im Januar 1898 auf 25 Mark im März 1901. Damals sollen mit den entwerteten Anteilsscheinen von Wintershall in Heringen Wirtshausrechnungen beglichen worden sein.



MACHT UND OHNMACHT DES KALISYNDIKATS (1899–1914)

Das Kalisyndikat wandelt sich

Im Syndikat gab es grundlegende Veränderungen, als sich 1899 die bestehenden zwölf Bergwerksgesellschaften zum „Ersten Volsyndikat“ zusammenschlossen. An die Stelle der sieben Einzelverträge trat nun ein einheitliches Abkommen, das alle Bereiche der Kaliindustrie erfasste und eine Laufzeit von drei Jahren hatte. Die Leitung des Syndikats wurde in Anlehnung an die Organisation von Aktiengesellschaften neu geordnet: Es gab nun eine Generalversammlung, einen aufsichtsführenden Ausschuss sowie einen dreiköpfigen Vorstand. Noch einmal wurde dem preußischen Staat trotz heftiger Kritik an seinem Führungsanspruch eine bevorzugte Rolle zugestanden: Er erhielt eine höhere Quote als die anderen Bergwerksbesitzer, den Vorsitz der Generalversammlung sowie ein Vetorecht bei der Erhöhung der Kalipreise. Noch stieg der Kaliverbrauch stetig an und das Syndikat bot den Werken weiterhin einen guten Rahmen, um ihre Produkte abzusetzen. Bis zum Ende dieser zweiten Syndikatsperiode traten fünf weitere Werke dem Kartell bei, darunter auch die Gewerkschaft Burbach und die Aktiengesellschaft Salzturfth.

1901 kam dann die Wende: Die Kalinachfrage nahm zwar weiter zu, aber durch die vielen neuen Werke sank erstmals die durchschnittliche Fördermenge pro Werk. Zugleich verdoppelte sich zwischen 1900 und 1905 die Zahl der Bergwerke auf 32 – Tendenz steigend. Der Kalimarkt schien gesättigt und das Syndikat musste sich vor allem mit dem Problem der Überproduktion beschäftigen. Das Ende des unbegrenzten Wachstums war erreicht – und das zu einer Zeit, als weitere Bergwerksgesellschaften in den Startlöchern standen.

Vor diesem Hintergrund kam es 1901 bei den Verhandlungen zur nächsten Syndikatsperiode zum Eklat. Die Werke Kaiseroda, Hohenzollern (bei Alfeld) und die mehrheitlich in amerikanischem Besitz befindliche Gewerkschaft Einigkeit (bei Wolfsburg) lehnten die Bevorzugung der älteren Werke ab und verweigerten ihren Beitritt. Kaiseroda, mit großen Ambitionen angetreten, wagte einen für die Kaliwirtschaft unerhörten Schritt: Auf eigene Faust und außerhalb der Quotenregelung des Syndikats verkauften die Betreiber Kali in den USA. Das Syndikat reagierte auf diese „Kriegserklärung“ mit einer Halbierung

Die Entwicklung der Salzindustrie um 1900

Während die deutsche Kaliindustrie sich erfolgreich im Syndikat organisiert hatte, gelang der Salzindustrie eine solche Organisation nicht – im Gegenteil. Noch vor der Jahrhundertwende spaltete sich der 1875 gegründete „Verein Deutscher Salinen und Bergwerke“ nach internen Streitigkeiten aufgrund unterschiedlicher

Interessen in die „Deutsche Salinenvereinigung“ (später „Verein Deutscher Salinen“) mit etwa 70 Salinen und verschiedene, zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse der 20 Steinsalzbergwerke. Während die Zahl der Kleinsalinen (mit einer Produktion unter 500 Tonnen im Jahr) abnahm, wurden immer mehr

Großsalinen (mit 20.000 bis 50.000 Tonnen) gegründet. Dies führte zu einer erheblichen Produktionsausweitung und zu Überkapazitäten. Insgesamt betrug die Produktion um 1900 etwa 1,3 Millionen Tonnen. Die Hersteller forderten von der Regierung eine Regulierung des Handels.



Die Gewerkschaft Hohenzollern gehörte zu den drei Unternehmen, die dem Kalisyndikat 1901 den Kampf ansagten. Werksansicht aus dem Jahr 1899

der Rohsalzpreise. Diesem Preisdruck konnten Hohenzollern und Einigkeit nicht standhalten, nur Kaiseroda bot dem Syndikat länger die Stirn. Erst im Februar 1902, zwei Monate nach Beginn der Syndikatsperiode, trat das Werk dem Syndikat bei.

Bei den Syndikatsverhandlungen in den nächsten Jahren suchte man immer wieder nach Wegen, die Überproduktion einzudämmen. Die alteingesessenen Bergwerke plädierten für eine Preissenkung, um den Absatz zu erhöhen. Für die neueren Werke war dies jedoch inakzeptabel, denn bei ihnen mussten sich die Investitionen erst noch amortisieren. Die „Newcomer“ verfügten zumeist über reiche Kalivorkommen und moderne Anlagen, die genutzt werden mussten. Sie forderten die „alten“ Werke auf, Förderanteile abzugeben, worauf diese sich aber nur zögernd einließen. Die preußische Regierung verlangte überdies weiterhin gute Konditionen für die heimische Landwirtschaft. Angesichts der weit auseinander klaffenden Interessen war der Zusammenhalt im Syndikat stets gefährdet.

Kalisyndikate 1888–1918

Erstes Kalisyndikat 1888–1898: Auch „Syndikat der sieben Einzelverträge“ genannt, weil alle Bereiche der Preis- und Absatzgestaltung separat geregelt waren

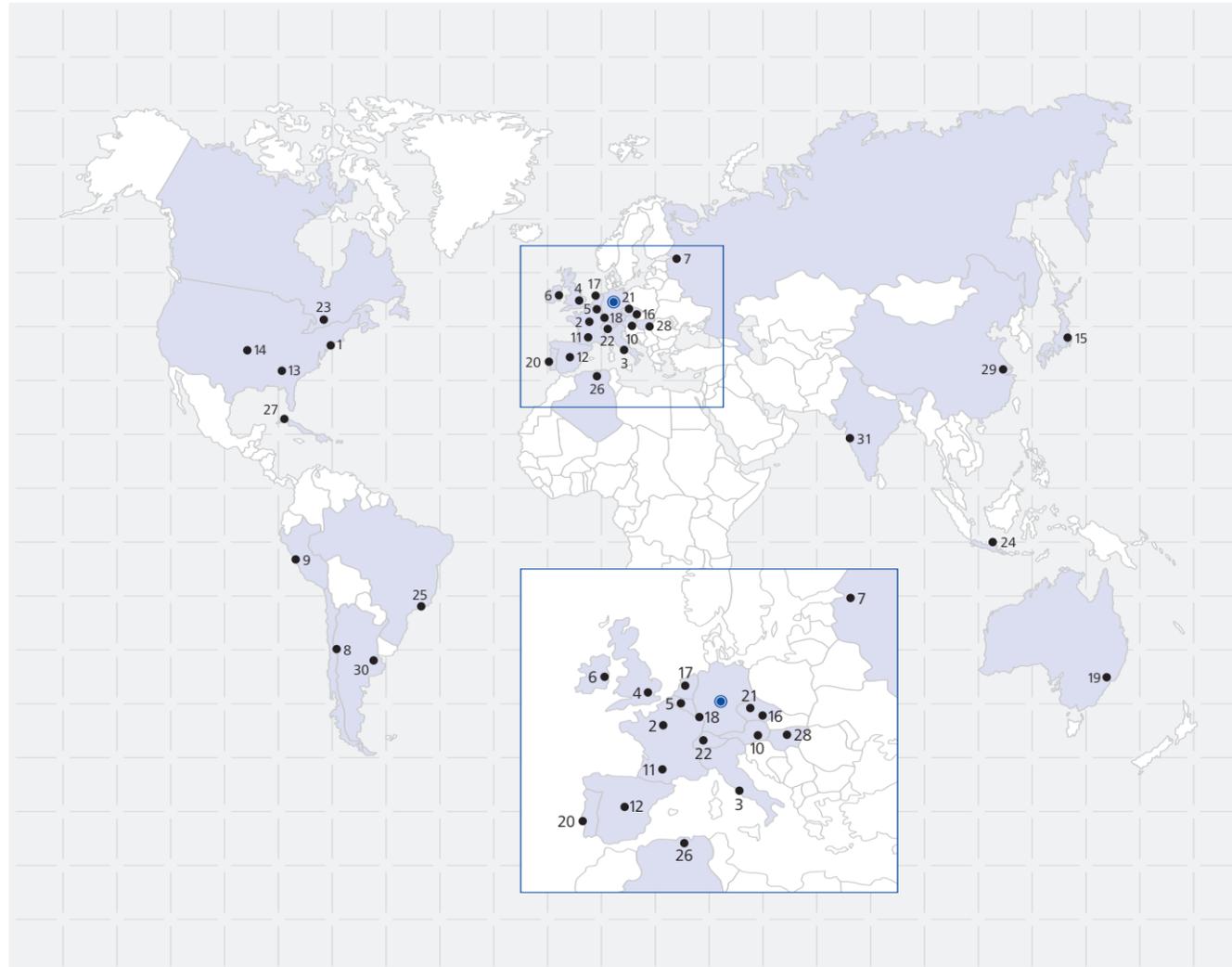
Zweites Kalisyndikat 1899–1901: Das erste „Volsyndikat“, das auf einem alle Bereiche der Marktregulierung umfassenden Vertrag basierte

Drittes Kalisyndikat 1902–1904: Auch zweites Volsyndikat genannt

Viertes Kalisyndikat 1905–1909: Das dritte Volsyndikat zerbrach an den Forderungen jüngerer Kaliunternehmen, die höhere Absatzquoten wollten.

Rumpfsyndikat 1909/10: Übergangsorganisation nach dem Streit über die Absatzquoten

Fünftes Kalisyndikat 1910–1918: Erneute Bildung eines umfassenden Syndikats nach der staatlichen Regelung der Preise und Beteiligungsziffern



Die Auslandsagenturen des Kalisyndikats im Jahr 1909

- Zentrale: Staßfurt-Leopoldshall
- 1 New York (1893)
- 2 Paris (1897)
- 3 Rom, früher Bologna (1899)
- 4 London (1901)
- 5 Brüssel (1901)
- 6 Dublin (1902)
- 7 St. Petersburg (1902)
- 8 Santiago (1902)
- 9 Lima (1902)
- 10 Graz (1903)
- 11 Toulouse (1903)
- 12 Madrid (1903)
- 13 Atlanta (1903)
- 14 Chicago, früher St. Louis (1903)
- 15 Yokohama (1903)
- 16 Brunn (1904)
- 17 Utrecht (1904)
- 18 Ettelbrück (1904)
- 19 Sydney (1904)
- 20 Lissabon (1904)
- 21 Prag (1905)
- 22 Zürich (1905)
- 23 Toronto (1906)
- 24 Bandoeng (1906)
- 25 Rio de Janeiro (1906)
- 26 Philippeville (1906)
- 27 Havanna (1907)
- 28 Budapest (1907)
- 29 Shanghai (1908)
- 30 Buenos Aires (1909)
- 31 Bombay (1909)

Ausbau der „Propaganda“-Abteilung des Syndikats

1905 erweiterte das Syndikat seine „Propaganda“-Abteilung – verantwortlich für Forschung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit – noch einmal erheblich. Denn bei allen Differenzen waren sich die Mitglieder einig, dass der Kaliabsatz weiter gesteigert werden musste, damit alle Werke möglichst große Mengen fördern und verkaufen konnten. Bereits in den 1890er Jahren hatte das Syndikat Geschäftsstellen in New York, Paris und Bologna eingerichtet, später kamen weitere Büros in Europa und in Südamerika hinzu. Ab 1905 baute das Syndikat Agenturen in Toronto, Shanghai und Bombay auf. 1909 arbeiteten neben den zwölf deutschen insgesamt 31 ausländische Propaganda-büros für das Syndikat. Diese Außenstellen leisteten vor allem Aufklärung über die Einsatzmöglichkeiten des Kalis und berieten potenzielle Kunden. Zusätzlich gab es weltweit zahlreiche Vertreter, die für den Vertrieb zuständig waren.

Neben den Auslandsmärkten wandte sich das Kalisyndikat verstärkt den mittleren und kleineren Bauern in Deutschland zu. Um auch diese Käuferschicht zu erreichen, führten die Beratungsstellen des Syndikats ihre Düngungsversuche gezielt dort durch, wo bisher wenig Kali eingesetzt wurde. Mit wissenschaftlichen Dokumentationen ließen sich die skeptischen Bauern allerdings kaum überzeugen. Das Kalisyndikat nutzte Fotografien, um die Wirkung des Kalidüngers mit „Vorher-Nachher“-Bildern zu dokumentieren. Zur Werbung dienten

auch Postkarten, Plakate und eingängige Werbesprüche: „Die dem Acker Kali gaben, werden große Rüben haben“ oder: „Auch die Kartoffeln und der Kohl befinden sich mit Kali wohl.“

Überhaupt setzte das Kalisyndikat eine akribische Dokumentation und statistische Erfassung vieler Daten ein, um über den Sinn der Mineraldüngung zu informieren. Genaue Förderzahlen und detaillierte Produktions- und Absatzstatistiken halfen dabei, Strategien für die Ausweitung der Märkte zu entwickeln. Von einer umfangreichen Bibliothek bis zum eigenen Fotoatelier leistete das Syndikat sich alles, was an Medien und Informationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Verfügung stand. Ab 1905 brachte das Syndikat zudem eine eigene Zeitschrift heraus: „Die Ernährung der Pflanze“. Mit ihr sollten vor allem die Fachleute – dazu zählten die eigenen „Propaganda-beamten“, Vertreter und Forscher – auf dem Laufenden gehalten werden. Seit 1905 fanden auch die deutschen Kalitage statt, bei denen Fachleute aus der Kaliindustrie – Bergleute, Chemiker, Techniker und Kaufleute – sich über Fragen der Förderung oder des Verkaufs austauschten. Ganz im Sinne einer modernen Öffentlichkeitsarbeit wandte die Kaliindustrie sich einerseits an die Experten und Multiplikatoren, andererseits aber auch an breitere landwirtschaftliche Kreise. Um diese zu erreichen, gab es neben den Geschäftsstellen 15 Wanderlehrer, die auf dem Land für Kalidünger warben.



Stand des Kalisyndikats mit niedersächsischem Bauernhaus auf einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Hannover 1914

DER „KALIVEREIN“



Paul Neubauer (1854–1921) gehörte zu den Gründern des „Vereins der Deutschen Kaliinteressenten“ und war von 1905 bis 1916 dessen erster Vorsitzender.

Alles begann mit einem Rausschmiss: Nachdem das Kalisyndikat als gewinnorientiertes Unternehmen seinen Sitz in den Verwaltungsbeiräten der Reichsbahn verloren hatte, beschlossen Syndikatsmitglieder, einen gemeinnützigen Verein als neue Interessenvertretung zu schaffen. Am 18. Oktober 1905 gründeten 29 Kaliunternehmen den „Verein der Deutschen Kaliinteressenten“ zu Magdeburg. Im Unterschied zum Syndikat war der neue Verein nicht selbst wirtschaftlich tätig, sondern vertrat allein die Interessen der Kaliindustrie in allen gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Belangen. Der Verein bestand aus einem Vorstand, der auf der jährlichen Mitgliederversammlung gewählt wurde, einem hauptberuflichen Geschäftsführer und einem Sekretariat. Der erste Vorstandsvorsitzende war der Direktor des Werkes Ludwig II in Staßfurt, Bergrat Paul Neubauer, der erste Geschäftsführer Bergassessor Dr. Leo Loewe.

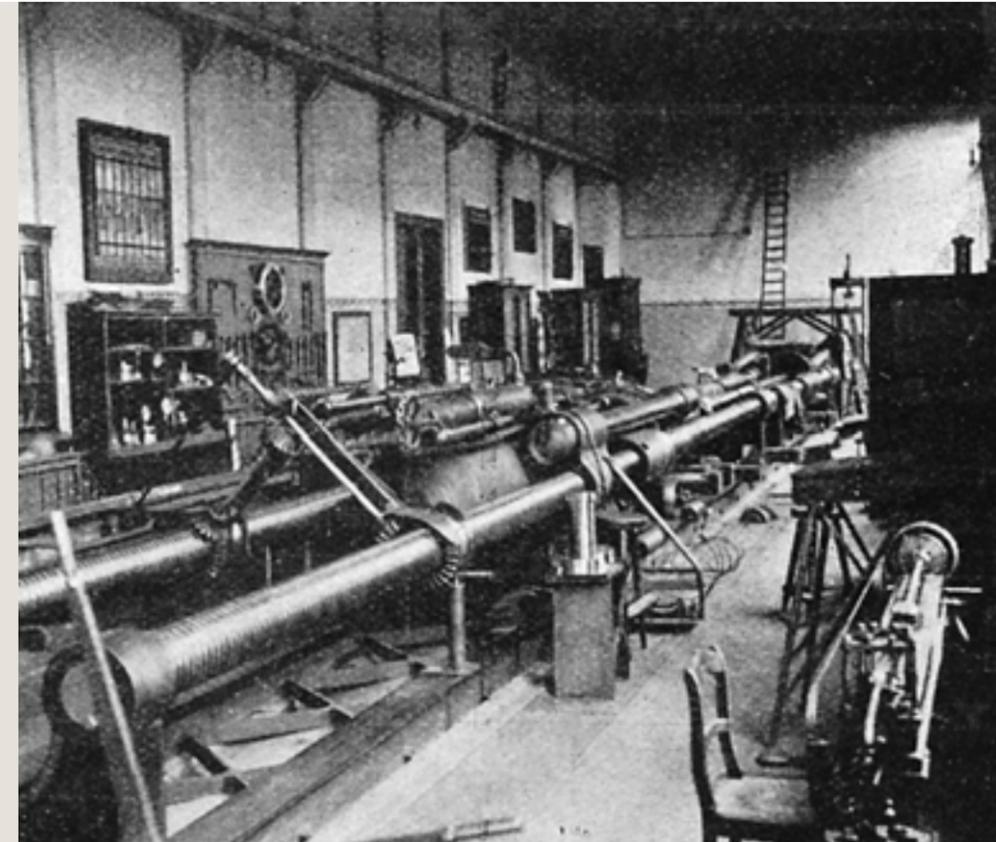
Der Verein profilierte sich schnell als Berater seiner Mitglieder: Er informierte über neue Arbeitsverfahren und -techniken, über bürokratische Abläufe und die Folgen gesetzlicher Änderungen. Ein großer Erfolg war die seit 1907 herausgegebene Zeitschrift „Kali“, die wissenschaftliche Beiträge zu bergtechnischen, geologischen, chemischen und produktionstechnischen Aspekten der Kaliindustrie mit juristischen, volkswirtschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Informationen verband und eher Fachzeitschrift als Vereinsorgan war.

Nach außen trat der Verein als moderne Interessenvertretung der Kaliindustrie auf. Er verstand es, sich als Gesprächspartner und Berater von Politik und Verwaltung unentbehrlich zu machen. Oftmals gelang es ihm auf diese Weise schon im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsentscheidungen, die Interessen seiner Mitglieder durchzusetzen. So etwa bei der Abwehr eines Kaliausfuhrzolls 1906 und bei der Modifizierung des Reichskaligesetzes 1910. Schon früh engagierte sich der Verein der Deutschen Kaliinteressenten in Umweltfragen. Nach heftigen Protesten gegen die

Einleitung von Kaliendlaugen in die Elbe im Jahr 1911 startete der Verein nicht nur eine Aufklärungskampagne, sondern förderte auch Forschungen auf dem Gebiet der Wasserverschmutzung und Wasserreinhaltung.

Nach der Gründung der Weimarer Republik 1919 setzte der Verein, der seinen Sitz 1913 nach Berlin verlegt hatte, seine Verbandspolitik fort. Als Interessenvertretung wirkte er an der Neuorganisation der Kaliwirtschaft im demokratischen Staat mit. Seine Beratungsleistungen erweiterte er durch die Einrichtung einer bergbautechnischen Abteilung und einer Steuerberatungsstelle. 1922 schuf der Verein eine Seilprüfungsstelle, aus der 1925 die weithin anerkannte „Bergbauliche Werkstoff- und Seilprüfungsstelle Berlin“ hervorging. Eine völlig neue Aufgabe waren die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften, die ein Ableger des Vereins führte, der 1919 gegründete „Arbeitgeberverband der Kaliindustrie zu Berlin e. V.“. Im selben Jahr gründete der Verein der Deutschen Kaliinteressenten gemeinsam mit dem Kalisyndikat die „Kali-Forschungsanstalt GmbH“ (siehe Kapitel 3, Seite 99). 1922 gab sich der Verein eine neue Satzung und nannte sich von nun an „Deutscher Kaliverein e. V.“. Während der NS-Zeit behielt der Kaliverein zwar seinen Namen, war aber als „Fachgruppe Kali-bergbau“ der „Reichsgruppe Industrie“ in das NS-Wirtschaftssystem eingegliedert.

Nach 1945 war allein die kurz vor Kriegsende geschaffene Zweigstelle in Empelde bei Hannover arbeitsfähig. Aus ihr ging der „Deutsche Kaliverein, Revier Hannover-Braunschweig“ hervor, der sich nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 in „Kaliverein e. V. zu Hannover“ umbenannte. Der Kaliverein war zugleich Interessenvertretung und Arbeitgeberverband, setzte aber auch seine Beratungstätigkeit fort. Der Verein tat sich vor allem auf dem Gebiet der Bergbautechnik hervor: Der 1952 eingerichtete „Bergtechnische Hauptausschuss“ und die im selben Jahr in veränderter Form wieder herausgegebene Vereins-



Die 500-Tonnen-Zerreißmaschine der Seilprüfungsstelle diente Reißtests an schweren Förderseilen im ganzen Strang. Aufnahme aus dem Jahr 1925

zeitschrift „Kali und Steinsalz“ trugen wesentlich zur technischen Modernisierung des deutschen Kalibergbaus bei. Der Konzentrationsprozess der westdeutschen Kaliindustrie, der 1970 zur Gründung der „Kali und Salz GmbH“ führte, reduzierte zwar die Zahl der Mitglieder, änderte aber nichts an dem weiten Aufgabenfeld des Kalivereins, das bis heute von der Sozial- und Tarifpolitik über die wirtschaftspolitische Interessenvertretung bis hin zur Organisation fachlicher Beratung reicht. Nach der Wiedervereinigung übernahm der Kaliverein auch die Interessenvertretung der mitteldeutschen Kaliindustrie und verlegte 1998 seinen Sitz von Hannover nach Kassel – in die Mitte Deutschlands und in die direkte Nachbarschaft zur K+S. Verstärkt

vertrat der Kaliverein nun die Interessen der deutschen Kaliindustrie auch auf europäischer Ebene, wo immer mehr für die Kalibranche wichtige Entscheidungen getroffen werden. Im Jahr seines hundertjährigen Bestehens wandelte sich der Kaliverein noch einmal grundlegend: Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 verschmolz er mit dem „Verein Deutsche Salzindustrie“ (VDS) zum „Verband der Kali- und Salzindustrie“ (VKS). Der neue Verband führt die Aufgaben seiner beiden Vorgänger fort und nutzt die Potenziale aus der Zusammenlegung zweier traditionsreicher und etablierter Wirtschaftsverbände.



Arbeiter und Angestellte der Kaliindustrie: Der für die Gewerkschaft Hohenzollern tätige Chemiker Willi Hubmann mit Fes entspannt in seinem Büro und Bergarbeiter in einer typischen Waschkäue um 1900



Regulierungsversuche des Staates

Während das Kalisyndikat auf die wachsende Zahl von Kalibergwerken mit einer Werbe- und Informationsoffensive zur Erschließung neuer Märkte reagierte, versuchte die preußische Regierung, die Expansion durch Gesetze einzudämmen. So kam es im Sommer 1905 zur Verabschiedung der so genannten Lex Gamp, die auf den freikonservativen Abgeordneten des preußischen Landtags Karl Freiherr von Gamp-Massaunen zurückging. Das Gesetz sah vor, dass zwei Jahre lang keine Teufgenehmigungen mehr erteilt werden sollten. Es erlaubte jedoch Ausnahmen: So waren bereits laufende Verfahren nicht betroffen. Die Provinz Hannover war zudem von der Regelung ausgenommen, da das Bergwerkseigentum als Grundeigentum dort nicht dem Bergrecht unterlag.

Wie bei ähnlichen Regulierungsversuchen zuvor trat nicht der gewünschte, sondern sogar der entgegengesetzte Effekt ein: Immer mehr Betreiber bemühten sich, im Rahmen der Ausnahmeregelungen Teufgenehmigungen zu erhalten. Im boomenden Werra-Fulda-Revier entstanden in unvermindertem Tempo zahlreiche neue Bergwerke. Da sich schon bald zeigte, dass das Gesetz sein Ziel verfehlte, versuchte die Regierung, ihren Einfluss im Syndikat zu steigern, indem sie die Gewerkschaft Hercynia in der Provinz Hannover kaufte.

Damit erhöhte der preußische Staat seinen Anteil an der gesamten Kaliproduktion des Syndikats von sieben auf elf Prozent. Doch auch dieser Schritt konnte die Gründung neuer Bergwerke nicht verhindern. Der hohe Kaufpreis fachte im Gegenteil die Kali-Euphorie weiter an.

Die preußische Regierung gab nicht auf. Bereits 1907 erließ sie eine „Berggesetznovelle“ zur Lex Gamp. Danach stand mit Ausnahme der Provinz Hannover allein dem Staat das Recht zu, Salz abzubauen. Er konnte dieses Recht allerdings auf andere juristische Personen übertragen. Zudem versuchte der Staat durch eine Bergpolizeiverfügung, die so genannte Zweischacht-Verordnung, den Bergbau zu verteuern. Die Kaliwerke mussten nun aus Sicherheitsgründen einen zweiten befahrbaren Schacht – den so genannten Polizeischacht – bauen. Doch alle Gesetze und Verfügungen nutzten nichts: Die Zahl der Bergwerke wuchs weiter. Ende des Jahres 1910 waren es bereits 69 und damit mehr als doppelt so viele wie 1905.

Am Ende der preußischen Versuche, das Wachstum der Kalibranche zu steuern, stand die Erkenntnis, dass es wohl keine wirksamen Wege gab, neue Bergwerke zu verhindern. Viel zu lukrativ war die Kaliförderung, um sie so geordnet und maßvoll zu betreiben, wie es sich die preußische Regierung wünschte.

Sie selbst konnte sich dem Sog der finanziellen Chancen, die im Kali steckten, ebenfalls nicht entziehen. So stieg die Zahl der Kaliwerke unaufhaltsam an. Alles lief auf einen großen Krach im Syndikat hinaus.

Der große Kali-Krieg

Die Situation im Kalisyndikat hatte sich bedenklich zugespitzt, als sich seine Mitglieder am 30. Juni 1909 im exklusiven Berliner Hotel Adlon trafen. Gespannt blickten auch Bankiers, Kalihändler und Investoren auf die Verhandlungen. Würde man für die neue Syndikatsperiode, die am 1. Januar 1910 beginnen sollte, einen Kompromiss finden? Der Streit kreiste wie alle drei Jahre um die gleichen Punkte: Die neueren Werke forderten höhere Quoten, die älteren wollten diesen Ansprüchen nicht nachgeben. Die Kontrahenten zeigten sich unversöhnlich. Ebenso unnachgiebig war der preußische Fiskus. Der preußische Handelsminister drohte, bei einem Scheitern der Verhandlungen ohne Rücksicht auf private Werke mit selbstständigen Verkäufen zu beginnen. Doch das schreckte die übrigen Mitglieder nicht mehr. Kurz vor Mitternacht platzten die Verhandlungen.

Die im Syndikat zusammengeschlossenen Werke waren damit ihrer Verpflichtungen

enthoben und konnten nach Auslaufen des Syndikatsvertrags Ende 1909 selbstständig Verkaufsverträge schließen. Doch Hermann Schmidtman, Vertreter der Werke Aschersleben und Sollstedt, hatte offenbar mit dem Scheitern der Verhandlungen gerechnet und vereinbarte noch in der gleichen Nacht mit amerikanischen Gesellschaften umfangreiche Lieferungen über einen Zeitraum von zwei Jahren. Die Preise, die Schmidtman machte, waren eine Kampfansage an das Syndikat: Sie lagen bei knapp der Hälfte des Syndikatspreises.

Durch Schmidtman's Coup eroberten die Gewerkschaften Aschersleben und Sollstedt zusammen mit der Gewerkschaft Einigkeit fast 50 Prozent des riesigen amerikanischen Marktes. Die drei „Aussteiger“ ließen sich durch Geldangebote und Drohungen nicht von ihrem Weg abbringen. Die anderen Bergwerke gründeten am 8. Juli 1909 unter dem Namen „Neue Kalisyndikat GmbH“ eine Art Rumpfsyndikat, dem sich bis zum Mai 1910 insgesamt 65 Bergwerke anschlossen. Niemand glaubte an eine freiwillige Einigung innerhalb der Kaliindustrie. An einer staatlichen Regulierung schien kein Weg vorbeizuführen.

Der preußische Staat hatte mit diesem Instrument allerdings keine guten Erfahrungen

Am 30. Juni 1909 kam es im Berliner Hotel Adlon zum Eklat: Die Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kalisyndikats platzten. Ein Rumpfsyndikat trat an seine Stelle.



Das Stammwerk des aufstrebenden Kaliunternehmens Wintershall in Heringen

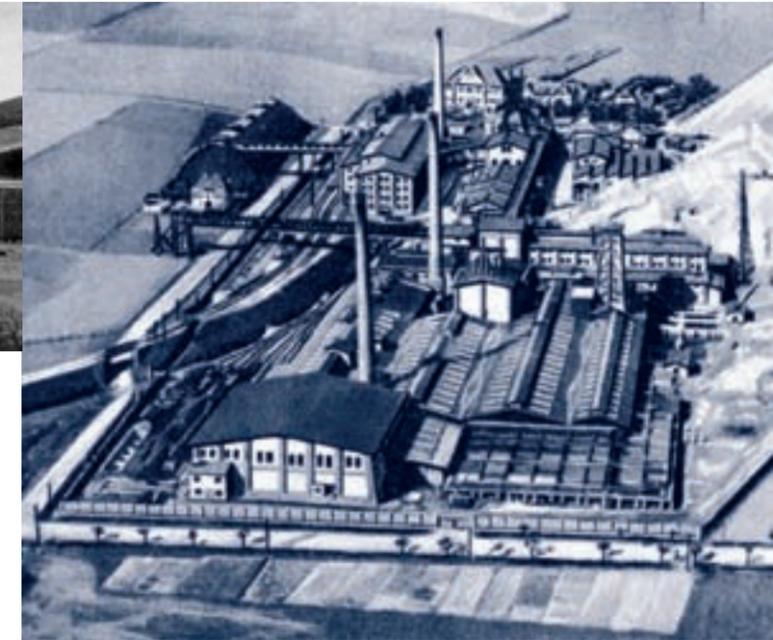
gemacht. Vor der Einrichtung eines Zwangssyndikats, das die Entstehung neuer Bergwerke verhindert hätte, schreckte er zurück. Das am 25. Mai 1910 verabschiedete „Reichskaligesetz“ beschränkte sich vielmehr auf die Kontingentierung des Absatzes und die Festsetzung der Preise. Die drei Aussteiger Aschersleben, Sollstedt und Einigkeit mussten hohe Abgaben entrichten, da sie ihren gesetzlich festgelegten Anteil bei den Verkäufen in die USA überschritten hatten. Die Lieferungen in die USA zu Dumpingpreisen fanden dadurch ein schnelles Ende. Das größte Problem der Kaliwirtschaft löste das neue Gesetz jedoch nicht: Nach wie vor entstanden in großer Zahl neue Bergwerke.

Die ersten Konzerne entstehen

Eine wirksamere Form, die Zahl der Bergwerke zu begrenzen, waren Zusammenschlüsse. Stieg die Zahl der Bergwerke seit der Jahrhundertwende rapide an, so entwickelte sich seit 1910 auch eine Tendenz zur Konzernbildung, die die Entwicklung der deutschen Kaliindustrie bis hin zur Gründung der K+S prägte. Ambitionierte Unternehmen wie Wintershall übernahmen andere Bergwerke und entwickelten sich innerhalb weniger Jahre zu verschachtelten Großkonzernen. So kaufte Wintershall 1910 Anteile der Gewerkschaft Heiligenroda, der Kaliwerke Bismarckshall AG und der Gewerkschaft Gebra. Salzdetfurth, ein weiteres Beispiel, sicherte sich 1913 die Mehrheit



Die Stammwerke der Kalikonzerne Salzdetfurth bei Bad Salzdetfurth (oben) und Burbach bei Beendorf (rechts)



bei der erst seit zwei Jahren tätigen Gewerkschaft Braunschweig-Lüneburg. Ähnlich agierten die Burbach-Kaliwerke, die 1912 die Kaliwerke Krügershall AG übernahmen, oder die Kaliwerke Aschersleben, die zwischen 1907 und 1914 Sollstedt- und Salzdetfurth-Anteile erwarben.

Die Motive der entstehenden Konzerne waren leicht nachvollziehbar, denn durch die Zusammenschlüsse sanken die Kosten. Hinzu kam, dass durch die Übernahme anderer Bergwerke der Einfluss im Syndikat wuchs. Zudem war es wichtig, sich gegenüber den erstarkenden Konkurrenten zu behaupten. Nach dem Reichskaligesetz hatten Konzerne zusätzliche Vorteile: Sie konnten Quoten übertragen und auf diese Weise jedes einzelne Werk optimal nutzen. Durch die Vielfalt an Werken verfügten die Konzerne zudem über ein breites Spektrum an Produkten. Werke mit qualitativ schlechtem Kali hatten bald kaum noch eine Chance auf dem Markt und wurden von den größeren Unternehmen aufgekauft. Bei diesen Übernahmen spielten die Banken eine immer größere Rolle.

Als Wachstumsbranche zog die Kaliindustrie weiterhin Investoren und Spekulanten an. Daher erwarben die Banken Mehrheitsbeteiligungen, um sie an den Börsen mit Gewinn zu verkaufen. Auch aus diesem Grund wurden einzelne Konzerne seit 1910 immer größer.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs ging es trotz aller Turbulenzen mit der Kaliindustrie weiter aufwärts. Die Zahl der förderten Schächte stieg auch nach 1910 noch einmal beträchtlich: von 69 auf 153 im Jahr 1913. Auch die Gesamtförderleistung nahm weiter zu und erreichte 1913 annähernd zwölf Millionen Tonnen Rohsalz. Kali war aus der Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken und hatte sich zu einem Exportschlager der deutschen Wirtschaft entwickelt. Das technische Niveau der Bergwerke und Fabriken war deutlich höher als zu Beginn der Gründerzeit. Doch hier standen die größten Entwicklungsschritte noch bevor. Die Modernisierung der Kaliwerke und die Konzernbildung der Kaligesellschaften sollten die kommenden Jahrzehnte prägen.